



Deutsches
Jugendinstitut

Zwischenbericht

Christina Boll, Antonia Birkeneder, Laura Castiglioni, Sophia Chabursky, Jannika Gutt, Monika Gandlgruber, Alexander Kanamüller, Alexandra Langmeyer, Ronald Langner, Christoph Liel, Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto, Max Reinhardt, Tabea Schlimbach, Eric van Santen, Sabine Walper

Ukrainische Geflüchtete in Deutschland.

Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und
Unterstützungsstrukturen

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit fast 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2023 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Mai 2023
ISBN: 978-3-86379-455-2
DOI: 10.36189/DJI202304

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Christina Boll
Telefon +49 89 62306-255
E-Mail boll@dji.de

Inhalt

| | | |
|---------------------|--|---|
| Kurzzusammenfassung | | 5 |
| 1 | Einleitung | 8 |
| | 1.1 | Übergreifende Herausforderungen der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine 8 |
| | 1.2 | Anliegen und Konzeption des vorliegenden Projekts 9 |
| 2 | Teilprojekt 1: „Kommunale Unterstützungsstrukturen“ | 11 |
| | 2.1 | Herausforderungen für Kommunen: Hintergrund und Fragestellung 11 |
| | 2.2 | Methode 12 |
| | 2.2.1 | Datenerhebung und Sample der qualitativen Interviewstudie 12 |
| | 2.2.2 | Datenauswertung der qualitativen Interviewstudie 14 |
| | 2.2.3 | Datengrundlage der quantitativen Erhebung 14 |
| | 2.3 | Ergebnisse 16 |
| | 2.3.1 | Beschreibung und Wahrnehmung der Zielgruppe 16 |
| | 2.3.2 | Bildungskoordination 17 |
| | 2.3.3 | Migrationsämter 19 |
| | 2.3.4 | Jugendämter: Ergebnisse der qualitativen Studie 20 |
| | 2.3.5 | Jugendämter: Ergebnisse der quantitativen Studie 21 |
| | 2.3.6 | Gesundheitsämter und im Gesundheitsbereich aktive zivilgesellschaftliche Organisationen 24 |
| | 2.3.7 | Zivilgesellschaft 26 |
| 3 | Teilprojekt 2: „Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren“ | 29 |
| | 3.1 | Kontext und Herausforderungen 29 |
| | 3.2 | Erhebungsstrategie und Zeitplan 30 |
| | 3.3 | Die Erhebungsinstrumente 31 |
| | 3.3.1 | Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern unter sieben Jahren 31 |
| | 3.3.2 | Mütterbefragung über soziale Medien (Machbarkeits-Ansatz) 33 |
| | 3.3.3 | Befragung der Kitaleitungen 34 |
| 4 | Teilprojekt 3: „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“ | 36 |
| | 4.1 | Kontext und Herausforderung 36 |
| | 4.2 | Methodik 37 |
| | 4.3 | Ergebnisse 38 |
| | 4.3.1 | Flucht und Ankunft 38 |
| | 4.3.2 | Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem 40 |
| | 4.3.3 | Freundschaften und Familienbeziehungen 43 |
| | 4.3.4 | Psychisches Wohlbefinden 46 |

| | | |
|-----|--|----|
| 5 | Zusammenfassung und Fazit | 50 |
| 5.1 | Teilprojekt 1 Kommunale Unterstützungsstrukturen | 51 |
| 5.2 | Teilprojekt 2 Kitas und ukrainische Mütter mit Kitakindern | 54 |
| 5.3 | Teilprojekt 3 Ukrainische Jugendliche in Deutschland | 55 |
| | Anhang: Methodensteckbrief der Teilprojekte | 58 |
| | Literatur | 60 |

Kurzzusammenfassung

Sabine Walper

Das vorliegende Projekt befasst sich mit institutionellen Strukturen und zivilgesellschaftlichen Angeboten zur Unterstützung der Bildungsintegration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine sowie mit den Erfahrungen und Perspektiven der Geflüchteten, wobei Mütter von Kindern vor der Einschulung und Jugendliche im Mittelpunkt stehen. Dies trägt der demographischen Struktur der Geflüchteten Rechnung, denn anders als bei der Fluchtbewegung 2015/2016 sind insbesondere Mütter mit Kindern aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet.

In insgesamt drei Modulen des abteilungsübergreifenden, multiperspektivisch und multimethodisch arbeitenden Projekts wurden qualitative und quantitativ-standardisierte Erhebungen durchgeführt. (1) Mittels qualitativer Interviews wurden 25 Leitungen und Mitarbeitende kommunaler Verwaltungen sowie elf Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Herausforderungen und Gelingensbedingungen bei der Bildungsintegration geflüchteter Kinder befragt. Zusätzlich geben Informationen einer standardisierten Jugendamtsbefragung einen Eindruck zu den Herausforderungen, vor denen die Jugendämter stehen. (2) Mit Blick auf die Situation von Familien mit jungen Kindern und deren Kita-Integration wurden zwei standardisierte Befragungen konzipiert, deren erste sich an Mütter richtet, die mit mindestens einem Kind im Alter zwischen 0 und 6 Jahren aus der Ukraine geflüchtet sind, und deren zweite die Perspektive von Kita-Leitungskräften auf die Integration geflüchteter Kinder beleuchtet. (3) Die Perspektive junger Geflüchteter wurde in 25 qualitativen Interviews mit geflüchteten Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren exploriert, die zu ihrer Bildungsteilnahme im deutschen bzw. bayrischen Schulsystem, ihren sozialen Beziehungen und ihrem Wohlergehen befragt wurden.

Die Befunde zeigen, dass kommunale Akteure von tragfähigen Kooperationsbeziehungen mit vielfältigen Partnern profitieren, um den Kindern und Jugendlichen die benötigten Angebote unterbreiten zu können. Mehrheitlich konnten die Kommunen auf Erfahrungen und etablierte Strukturen aus der Zeit von 2015/2016 zurückgreifen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten mit nonformalen und informellen Bildungsmöglichkeiten wichtige Ergänzung zu den Regelangeboten des Bildungssystems. Insbesondere sportliche und kulturell-kreative Angebote werden sowohl seitens der Kommunen als auch von den Jugendlichen als bereichernd und integrationsförderlich hervorgehoben, da hierbei die Sprachbarrieren weniger zum Tragen kommen und niedrigschwellige Kontakte aufgebaut werden können.

Der frühzeitigen Integration in Kita oder Schule wird sowohl seitens der kommunalen Akteure als auch – mit Blick auf die eigene schulische Bildung – seitens der Jugendlichen hohe Relevanz beigemessen. Entsprechende Bemühungen sind jedoch mit dem Fach- und Lehrkräftemangel konfrontiert, der das Platzangebot begrenzt und die ohnehin angespannte Versorgungslage verschärft. 45 Prozent der Jugendämter (N = 141) sehen in der Kindertagesbetreuung die größte Herausforderung aufgrund des Kriegs in der Ukraine. Zudem kommt bei der Einschulung der Ge-

sundheitsuntersuchung durch die Gesundheitsämter eine Nadelöhrfunktion zu, wobei Großstädte im Vorteil sind. In den untersuchten Kommunen haben die Gesundheitsämter eine klar definierte Schnittstellenarbeit mit dem Schulamt bzw. der Bildungskoordination sowie mit Migrationsämtern intensiviert, um die für die Schuleinmündung formal erforderlichen Schritte zu beschleunigen. Die Aufgabe der Bildungskoordination besteht zudem vor allem in der Vernetzung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Bildungsangeboten.

Die schulische Situation wird seitens der Jugendlichen differenziert bewertet. Positiv berichten viele von dem unterstützenden Engagement der Lehrkräfte. Als anspruchsvoll erleben diejenigen ihr schulisches Lernen, die neben dem Unterricht in Deutschland auch am online-Unterricht in der Ukraine teilnehmen. Kritische Stimmen finden sich zur Beschulung in Brückenklassen, die vor allem dem Erwerb von Deutschkompetenzen dienen, aufgrund ihrer altersheterogenen Zusammensetzung jedoch nicht allen Jugendlichen die angestrebten Bildungsfortschritte ermöglichen. Als ungünstig wird auch die wechselnde Zuordnung zu unterschiedlichen Regelklassen erlebt, da dies den Aufbau von Beziehungen zu Gleichaltrigen erschwert. Demgegenüber können in Brückenklassen leichter Beziehungen zu Gleichaltrigen aufgebaut werden, die angesichts ähnlicher Erfahrungen eine wichtige Unterstützungsfunktion übernehmen.

Obwohl eine Reihe der befragten Jugendlichen von psychischen Belastungen durch die Kriegserfahrungen, die Trennung von Freundinnen und Freunden und von in der Heimat gebliebenen Familienangehörigen berichten, nehmen nur sehr wenige psychotherapeutische Unterstützung in Anspruch. Viele haben eigene Bewältigungsstrategien – insbesondere durch Ablenkung von negativen Gedanken – entwickelt. Sie profitieren jedoch von niedrigschwelligen Gesprächsangeboten, etwa durch Lehrpersonen aus der Ukraine.

Insgesamt zeigen die bislang vorliegenden Befunde:

- Der erhöhte Bedarf an Kita-Plätzen muss durch einen verstärkten Ausbau des Platzangebots gedeckt werden, wobei auch auf pädagogische Herausforderungen in der Betreuung der Kinder mit Kriegserfahrungen einzugehen ist. Die Bildungsintegration der Kinder ist eine zentrale Voraussetzung für deren Sprachförderung wie auch für die Berufsintegration der Mütter.
- Die Schulen würden den Bedürfnissen der Kinder besser entgegenkommen, wenn Sprachförderung parallel bzw. ergänzend zum Regelunterricht stattfindet und die Kinder festen Regelklassen zugeordnet werden. Idealerweise ist zumindest teilweise eine zweite Fach- bzw. Lehrkraft im Unterricht, die bei Verständnisproblemen unterstützt.
- Kulturellen und sportlichen Angeboten kommt bei der Integration von geflüchteten (und vermutlich auch aus anderen Gründen zugewanderten) Kindern und Jugendlichen wesentliche Bedeutung zu, da sie niedrigschwellige Kontaktmöglichkeiten eröffnen und positive Erfahrungen ermöglichen.
- Der Aufbau und Erhalt von breit angelegten Kooperationsstrukturen auf kommunaler Ebene muss fest im Aufgabespektrum der Fachkräfte verankert werden.

Spezialisierte Task Forces für Schnittstellenarbeit zur Integration Geflüchteter und anderer Migranten sollten überdauernd erhalten bleiben, um sie bei Bedarf aktivieren zu können.

1 Einleitung

1.1 Übergreifende Herausforderungen der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Flucht zahlreicher Menschen aus der Ukraine nach Deutschland ausgelöst. Dies sorgt in vielen Bereichen der aufnehmenden Gesellschaft für spürbare Veränderungen und stellt diese vor neue Aufgaben. Zwischen Februar 2022 und Februar 2023 ist etwas mehr als eine Million registrierter ukrainischer Geflüchteter nach Deutschland eingereist. Anders als in den Jahren 2015/16, als ein überproportional hoher Teil der nach Deutschland Geflüchteten junge Männer waren, handelt es sich bei den Geflüchteten aus der Ukraine überwiegend um Frauen mit Kindern (Mediendienst Integration 2023). Die erwachsenen Geflüchteten sind zudem überdurchschnittlich hoch gebildet (Brücker u. a. 2022b). Dies eröffnet grundsätzlich hohe Integrationschancen in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Erwerbsaufnahme ukrainischer Mütter setzt jedoch, wenn die Kinder noch klein sind, einen Kitaplatz voraus. Geflüchtete Mütter müssen ihren Alltag mit Kindern in Deutschland in der Regel ohne die Väter bewältigen. Sie müssen ihre Unterkunft und den Lebensunterhalt der Familie organisieren, für die Bildungsteilhabe ihrer Kinder sorgen und neben eigenen Sorgen um Angehörige in der Ukraine auch Ängste und Unsicherheiten der Kinder auffangen. Sie stellen damit potenziell eine besonders belastete Gruppe dar. Über die Kitas kommen sie mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe in Kontakt, die Unterstützung bieten können. Den Kitas stellt sich die Herausforderung, möglichst alle geflüchteten Kinder aufzunehmen und ihnen eine individuell adäquate Betreuung zu bieten.

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren machen etwa ein Drittel der registrierten Geflüchteten aus (Mediendienst Integration 2023). Diese stellen eine eigene Zielgruppe dar, die unabhängig von ihren Eltern in den Blick genommen werden muss. Schon Migrationsprozesse in Friedenszeiten können für Kinder und Jugendliche eine große Anstrengung darstellen. Für die aus der Ukraine Geflüchteten kommen noch die Kriegserfahrungen und Belastungen der Flucht hinzu. Väter und weitere im Heimatland verbliebene Verwandte sowie Freundinnen und Freunde werden vermisst. Die psychische Gesundheit der geflüchteten Kinder und Jugendlichen kann mitunter stark leiden.

Kinder im Kita-Alter haben andere Bedarfe als Kinder im Grundschulalter und diese wiederum andere als Jugendliche in der Altersstufe der sekundären Bildung. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich in einer Stellungnahme vom 29.03.2022 dafür ausgesprochen, ukrainische Kinder im Grundschulalter umgehend in die Regelklassen zu integrieren. Die Regelungen für ältere Kinder und Jugendliche unterscheiden sich teilweise erheblich zwischen den Bundesländern und tragen den Integrationsbedarfen der jungen Menschen in unterschiedlichem Maße Rechnung. Nach der Ankunft im neuem Land stehen die Jugendlichen vor großen Herausforderungen. Dazu gehört, neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln, Sozialbeziehungen im Heimatland aufrechtzuerhalten und neue Kontakte im Aufnahmeland zu knüpfen.

Die kommunale Ebene hat bei der Unterstützung und Begleitung des Integrationsprozesses von Geflüchteten eine zentrale Funktion in allen Bereichen der Daseinsfürsorge, weil die Menschen hier wohnen, arbeiten, leben, sich bilden und begegnen. Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Verwaltungen und der Zivilgesellschaft engagieren sich vor Ort mit großer Kraft in der Unterstützung der Geflüchteten. Kommunen bieten für spezifische Lebensbedingungen unterschiedliche Entwicklungsperspektiven für die Menschen vor Ort. Für Kinder und Jugendliche sind hier vor allem die kommunalen Einrichtungen der Kindertagespflege und der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Schulen zu nennen. Zugleich hängen die Lebensumstände der Geflüchteten auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene und deren Umsetzung auf kommunaler Ebene ab (Gesemann 2020, Frank/Vandamme 2017). Daher ist zu untersuchen, wie die kommunalen Akteure ihren Aufgaben nachkommen und welche Unterstützungsangebote und Initiativen es vor Ort gibt. Zum anderen gilt es, die Jugendlichen und Mütter selbst zu Wort kommen zu lassen und aus ihren Erfahrungen und Wünschen zu lernen.

1.2 Anliegen und Konzeption des vorliegenden Projekts

Das abteilungsübergreifende Projekt „Ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen“ ist in drei Teilprojekten organisiert, in die alle fünf Fachabteilungen des DJI eingebunden sind. Im Zeitraum vom 1.9.2022 bis zum 28.2.2023 wurden zielgruppenspezifische Bedarfsanalysen durchgeführt und der Umgang von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Verwaltungen und von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit den Herausforderungen der Fluchtbewegungen erhoben.

Teilprojekt 1 unter Leitung von Dr. Max Reinhardt erfragt, wie Kommunen die Geflüchteten vor allem mit Blick auf Bildungsangebote und die Integration in das Bildungssystem unterstützen, inwiefern die (organisierte) Zivilgesellschaft hieran beteiligt ist und welche Herausforderungen die Jugendämter bei der geforderten Integration der Geflüchteten in die Betreuungs- und Angebotssysteme wahrnehmen.

Teilprojekt 2 unter Leitung von Dr. Alexandra Langmeyer, Dr. Laura Castiglioni und PD Dr. Christina Boll befasst sich mit der Situation geflüchteter Mütter mit Kindern unter sieben Jahren, ihrem eigenen Wohlergehen und dem ihrer Kinder sowie mit den Erfahrungen und Strategien von Kitaleitungskräften im Umgang mit den geflüchteten Kindern.

Teilprojekt 3, das von Sophia Chabursky geleitet wird, lässt geflüchtete ukrainische Jugendliche zu Wort kommen und fragt unter anderem nach ihren Fluchterfahrungen, ihrem Leben in Deutschland, ihrem Wohlbefinden und ihren Bleibeabsichten.

Eine detaillierte Übersicht zu den verwendeten Methoden der Teilprojekte findet sich im Anhang. Der Bericht enthält die Darstellung der drei Teilprojekte und schließt mit einer ausführlichen Zusammenfassung. Die wichtigsten Informationen

zur Studie und ihren Ergebnissen finden sich gebündelt in einer dem Bericht vorangestellten Kurzzusammenfassung.

Die Gesamtleitung der Studie hatte PD Dr. Christina Boll, die Berichtslegung leitete Dr. Max Reinhardt. Die Namen der an den Teilprojekten beteiligten Autorinnen und Autoren werden in den betreffenden Kapiteln genannt. Zur Endredaktion mit Gesamtverantwortung für die Teilprojekte gehörten Dr. Alexandra Langmeyer, Dr. Max Reinhardt und PD Dr. Christina Boll. Die Autorin der Kurzzusammenfassung ist Prof. Dr. Sabine Walper. Wir danken Antonia Birkeneder für exzellente Unterstützung im Endlektorat.

2 Teilprojekt 1: „Kommunale Unterstützungsstrukturen“

Qualitative Studie: Alexander Kanamüller, Ronald Langner, Max Reinhardt und Tabea Schlimbach

Quantitative Studie: Monika Gandlgruber, Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto, Eric van Santen

2.1 Herausforderungen für Kommunen: Hintergrund und Fragestellung

Kommunen haben bei der Integration von Geflüchteten eine zentrale Bedeutung (siehe z. B. Gesemann 2020). In den letzten Jahrzehnten waren Kommunen angesichts der migrationspolitischen Herausforderungen zunehmend gefordert, ihre Strukturen anzupassen und effizienter zu gestalten. Die Kommunen haben Erfahrungen bei der Unterstützung von Geflüchteten sammeln können, so vor allem in den Jahren 2015/16, einem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Die Kommunen reagierten damals sehr unterschiedlich: von aktiv und offen bis reaktiv und eher restriktiv (siehe z. B. Schamman 2020b). Allerdings ist die Situation für Geflüchtete aus der Ukraine deutlich anders, da ihnen seitens der europäischen Innenministerien für bis zu drei Jahren ein spezieller Schutzstatus erteilt wurde und sie kein Asylverfahren durchlaufen müssen.

Zudem zeigen zahlreiche Studien, dass sich die aus der Ukraine Geflüchteten in ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung (Alter, Geschlecht und Bildungsstand) von anderen Geflüchteten-Gruppen unterscheiden (vgl. Gesamteinleitung), was nahelegt, dass auch die Bedarfe und Herausforderungen für die Geflüchteten zum Teil andere sind (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2022; Giesing u. a. 2022; Granato/Neises 2017). Bislang ist kaum erforscht, wie Kommunen mit der veränderten Situation der Geflüchteten im Jahr 2022 umgehen und wie sie speziell Kinder und Jugendliche, die hier im Mittelpunkt stehen sollen, unterstützen. Minderjährige Geflüchtete sind eine große und vulnerable Gruppe (siehe z. B. Seidelsohn u. a. 2022). Aufgrund ihrer hohen Schutzbedürftigkeit, ihres Entwicklungsstands und der Schulpflicht sind sie in besonderer Weise zu unterstützen und zu begleiten.

Im Zentrum der qualitativen Untersuchung steht daher die Frage, wie Kommunen diese Gruppe im Jahr 2022 vor allem mit Blick auf Bildungsangebote und die Integration in das Bildungssystem unterstützt haben. Die Verantwortung der Kommunen verteilt sich hierbei auf verschiedene Ämter und Einrichtungen. Insbesondere Jugendämter, Migrationsämter und Gesundheitsämter haben jeweils spezifische Aufgaben bei der Aufnahme, Betreuung, Begleitung, Bildung und gesundheitlichen Versorgung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Im Bildungsbereich haben die Kommunen seit 2016 über das BMBF-Förderprogramm „Kommunale

Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ (KoKo) ihr Aufgabenspektrum erweitert. Unter Rekurs auf New-Governance-Ansätze wurden Veränderungsprozesse eingeleitet, die auf neue Formen (gemeinschaftlicher) Steuerung von Bildung unter Einschluss der (organisierten) Zivilgesellschaft abzielen (siehe z. B. Reinhardt/Schmiedeberg 2022).

Die Wirksamkeit von New Governance ist jedoch nicht unumstritten. So wird auf sogenannte Rationalitätsmythen verwiesen wie die angenommene Effizienzsteigerung durch Kooperation und den so erreichbaren Abbau sozialer Ungleichheiten (siehe z. B. Olk/Schmachtel 2017). Zudem wird angemahnt, dass der (organisierten) Zivilgesellschaft häufig nur eine kompensatorische Rolle ohne Möglichkeiten der Mitgestaltung und Beteiligung zukommt (siehe z. B. Stolz 2012). Dieser in die Praxis der Akteure hineinwirkende Diskurs rund um New Governance bildet gewissermaßen die theoretische Hintergrundfolie für die vorliegende qualitative Untersuchung.

Neben den genannten Ämtern ist dementsprechend zu untersuchen, in welcher Form die (organisierte) Zivilgesellschaft wie auch schon 2015/16 an der Unterstützung und (bildungsbezogenen) Integration Geflüchteter beteiligt ist. Dies bezieht sich insbesondere auf von Seiten der Zivilgesellschaft bereitgestellte, informelle sowie non-formale Bildungsangebote, aber auch auf kommunal geförderte Unterstützungsangebote von freien Trägern. Mit dieser Akteursgruppe ist zugleich die Annahme verbunden, dass diese auch einen anderen, möglicherweise noch alltagsnäheren Blick auf die Zielgruppe hat. Im Teilprojekt 1 wurden daher mit einem multiperspektivischen Ansatz kommunale Unterstützungsstrukturen für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche aus der Ukraine mit dem Fokus auf die formale Bildungsintegration, unter Einbezug der non-formalen und informellen Bildungssettings der (organisierten) Zivilgesellschaft untersucht (zum erweiterten Bildungsbe-griff siehe z. B. Maschke/Stecher 2016).

Ziel war es, einen differenzierten Einblick in Themen und Herausforderungen bei der Begleitung der Zielgruppe zu erhalten, hierbei verschiedene ämterspezifische Logiken zu analysieren sowie mit dem Einbezug der Zivilgesellschaft auch einen amtsexternen Blick auf kommunale Unterstützungsstrukturen und die Akteurs- und Angebotspluralität vor Ort zu erfassen. Die quantitative Befragung der Jugendämter erweitert den multiperspektivischen, auf Bildung fokussierten Ansatz um einen Blick auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe insgesamt.

Der Methodensteckbrief in Anhang 1 informiert zusammenfassend über die einzelnen Methoden, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden.

2.2 Methode

2.2.1 Datenerhebung und Sample der qualitativen Interviewstudie

Das Untersuchungsdesign war explorativ angelegt. Ziel war es, mithilfe von leitfadensbasierten Interviews Hypothesen in Bezug auf die oben dargestellten Fragen

herauszuarbeiten. Die Schwerpunkte der Leitfäden waren vor dem Hintergrund der oben beschriebenen New-Governance-Ansätze an den für die Bildungs- und das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement formulierten Kernkomponenten orientiert (siehe Euler u. a., S. 113). Zusammengefasst handelt es sich um folgende Stichworte: Begleitstrukturen 2022 und Rückgriff auf Begleitstrukturen 2015/16, Zielgruppen, Maßnahmen/Angebote, Kooperation, Koordination, Strategie, Datenbasierung, Qualitätsmanagement und Weiterbildung. Sie wurden um Aspekte der Herausforderungen und der Integration erweitert, für jede Befragten-Gruppe modifiziert und auf die jeweilige Logik der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen zugeschnitten. Es wurden zehn Kommunen ausgewählt, die bereits über Strukturen und eine etablierte Praxis zur Unterstützung und Integration von Geflüchteten verfügen. Ziel war es, die Bandbreite verschiedener Praktiken in der Begleitung der Zielgruppe herausarbeiten zu können. Für die Auswahl wurden ferner regionale Merkmale (Ost- und Süddeutschland, Städte und Landkreise) sowie soziostrukturelle Kriterien (finanzstarke und finanzschwächere Kommunen) herangezogen.

Die qualitative Empirie bildeten schließlich 30 leitfadenbasierte Interviews, darunter sechs Doppelinterviews, mit insgesamt 36 Personen. Doppelinterviews wurden dann geführt, wenn es strukturelle oder inhaltliche Schnittmengen zwischen den zu interviewenden Personen gab. Unter den 36 Interviewten befanden sich 25 Vertretungen (Leitungen und Mitarbeitende) kommunaler Verwaltungen: neun Personen aus der Bildungs- und Jugendkoordination, neun Personen aus Jugendämtern, drei Personen aus Migrationsämtern und vier Personen aus Gesundheitsämtern. Im Sinne eines explorativen Vorgehens wurden Migrationsämter mit Bezug zu geflüchteten Kindern und Jugendlichen interviewt, weil der Zugang zu den Jugendämtern erschwert war und im Laufe des Projektes die Rolle der Migrationsämter als Anlaufstelle für Geflüchtete deutlich wurde. Zudem sind die Migrationsämter eine Perspektiverweiterung, da sie in einigen Kommunen Geflüchteten den Zugang zur Verwaltung in einer Art Lotsenfunktion ermöglichen. Darüber hinaus konnten elf Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen für ein Interview gewonnen werden.¹ Davon sind vier der ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen im Gesundheitsbereich aktiv und engagieren sich in diesem Kontext für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Diese Interviews dienten der Anreicherung des Gesundheitssamples. Zum einen war der Zugang zu den Gesundheitsämtern erschwert, zum anderen konnte dadurch der Blick um zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen im kommunalen Gesundheitsbereich erweitert und eine externe Perspektive auf gesundheitsbezogenes Verwaltungshandeln eingeholt werden. Sieben weitere Interviews wurden mit Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus anderen Tätigkeitsbereichen geführt. Bei deren Auswahl wurde auf eine möglichst hohe Varianz hinsichtlich Tätigkeitsfeld (z.B. Sport, Kunst und Kultur, Bildung), Organisa-

¹ Für die Studie wurden zivilgesellschaftliche Organisationen als gesellschaftliche Zusammenschlüsse gefasst, die freiwillig, selbstverwaltet und am Gemeinwohl ausgerichtet sind und in unterschiedlichen Organisationsformen organisiert sind (Strachwitz/Priller/Triebe 2020).

tionsform, -alter und -größe geachtet. So befinden sich z. B. traditionsreiche Sportvereine, gGmbHs und (sehr) junge Organisationen im Sample der zivilgesellschaftlichen Akteure.

2.2.2 Datenauswertung der qualitativen Interviewstudie

Die Auswertung erfolgte unter Rückgriff auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2015). Der erste Auswertungsschritt bestand nach der anonymisierten Transkription in der Sichtung des Materials und der Erstellung eines Codebaums in MAXQDA.² Die Codes orientierten sich im Wesentlichen an den im Leitfaden verwendeten Stichworten. Die Codes wurden je nach Eigenlogik der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Akteure angepasst. Die Materialauswertung erfolgte sowohl anhand der multiperspektivischen Vorannahmen (siehe Kapitel 2.1) als auch induktiv aus dem Material. Anhand synoptischer Betrachtungen und ausgewählter Ankerbeispiele wurden die Interview-Daten zu drei Themenschwerpunkten verdichtet:

- Wahrnehmung der Zielgruppe mit Blick auf deren Ankommenssituation und ihre Ausgangsbedingungen
- Unterstützungsstrukturen der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Zielgruppe und Rückgriff auf Strukturen aus 2015/16
- Herausforderungen und Integrationsverständnis der Akteure mit Blick auf ihr Amt bzw. ihre Organisation

Die Äußerungen der Interviewpartner:innen sind durch die Logiken der Ämter und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die sie repräsentieren, beeinflusst (Klemm/Liebold 2016, S. 2). Bei den ausgewählten Ankerbeispielen handelt es sich somit um eine Rekonstruktion der Wahrnehmung und Bewertung der Befragten. Ausgewählt wurden Ankerbeispiele, die sich aus der Perspektive der Interviewten im konkreten kommunalen Kontext bewährt haben und die auch für andere Kommunen und Organisationen bei der Integration von Geflüchteten hilfreich sein könnten (siehe auch Mayring 2015; zum Verfahren zusammenfassend und daran angelehnt siehe auch Reinhardt/Schmiedeberg 2022). Gleichzeitig stehen sie in der Regel für mehrere Beispiele aus verschiedenen Interviews, so dass trotz des kleinen Samples eine erste Sättigung gewährleistet ist.

2.2.3 Datengrundlage der quantitativen Erhebung

Empirische Grundlage der quantitativen Befunde zur Perspektive der Jugendämter auf wahrgenommene Herausforderungen in Folge des Kriegs in der Ukraine und zu Strukturen zu deren Bewältigung entstammen der inzwischen siebten Welle einer regelmäßigen bundesweiten postalischen Befragung einer Stichprobe von 229 Jugendämtern durch das DJI-Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (www.dji.de/jhsw). Die Feldphase startete im Mai 2022 und wurde im Dezember

² Für die vorliegende Publikation wurden die Zitate sprachlich leicht geglättet.

2022 abgeschlossen. Bis zur Auswertung der vorliegenden Daten im Dezember 2022 haben 146 Jugendämter an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 63 Prozent. Hinsichtlich des Typs der Kommune – kreisfreie Stadt, Landkreis oder kreisangehörige Kommune mit eigenem Jugendamt – entspricht die Verteilung der Teilnehmenden weitgehend der Verteilung in der Grundgesamtheit.

Die DJI-Jugendamtsbefragung 2022 hat Fragen zu Angeboten, Strukturen und Verfahrensweisen (z. B. Aufbaustruktur, Personal, Jugendhilfeplanung oder Beteiligung) sowie zu aktuellen Herausforderungen der Jugendämter (z. B. Personalgewinnung oder Ganztagsbetreuung) zum Gegenstand. Daneben wurden zwei offene Fragen zu den Folgen des Kriegs in der Ukraine für die kommunalen Jugendämter gestellt. Die Antworten auf diese Fragen wurden zu Kategorien zusammengefasst (siehe Kapitel 2.3.5).

Für die Einordnung der Ergebnisse ist von Bedeutung, dass mit der Erhebung die spezifische Perspektive der Organisation Jugendamt als für die kommunale Kinder- und Jugendhilfe verantwortliche Institution, in der Regel repräsentiert durch die Organisationsleitung, erhoben wurde. Diese kann sich von anderen Perspektiven, etwa jener der Fachkräfte in der direkten Arbeit mit Geflüchteten, unterscheiden (siehe Mairhofer 2020). Weiter ist zu beachten, dass die Daten während eines relativ langen Erhebungszeitraums von acht Monaten, in dem die Situation sich auch verändert hat, erhoben wurden.

2.3 Ergebnisse

2.3.1 Beschreibung und Wahrnehmung der Zielgruppe

Die größte Zielgruppe unter den aus der Ukraine Geflüchteten sind laut den Interviewpartner:innen vor allem Mütter mit Kindern und im Gegensatz zu 2015/16 nur wenige unbegleitete Minderjährige (siehe auch Giesing u. a. 2022). Ein zweiter wesentlicher Unterschied ist der in den Interviews hervorgehobene gesicherte Aufenthaltsstatus. Dieser ermöglichte ab 01.06.2022 schnell einen Zugang zu Sozialleistungen über die Jobcenter und schon unmittelbar nach Kriegsausbruch die freie Wahl des Wohnorts. Vor allem im März waren die Institutionen schnell gefordert, viele aus der Ukraine Geflüchtete unterzubringen und zu unterstützen.³ Die private Unterbringung erleichterte, so ein in vielen Interviews geäußertes übergreifendes Blick auf die Zielgruppe, die Integration in den Lebensalltag durch den Austausch mit in Deutschland lebenden Menschen und bot Orientierung z. B. bei Behördengängen. Jugend- und Migrationsämter schätzen die Zielgruppe so ein, dass die erziehungsberechtigten Ukrainer:innen mit den grundlegenden Strukturen der institutionellen Kindertagesbetreuung und Schulbetreuung vertraut sind. Die Zivilgesellschaft sieht in den bürokratischen Abläufen eine wesentliche Integrationsbarriere.

Viele Befragte beschreiben die geflüchteten Kinder und Jugendlichen als lern- und integrationswillig und schätzen die geflüchteten Mütter sowie ihre Kinder als sehr bildungsaffin, verbunden mit einer vergleichsweise hohen Erwartungshaltung an das deutsche Bildungs- und Gesundheitssystem, ein. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche empfinden, so die Erfahrung von Befragten, die z. B. ausschließlich sprachliche Förderung in Willkommensklassen als nicht ausreichend. Integrationsklassen, die schneller fachlichen Unterricht anbieten, sind daher eher integrationsförderlich, weil dadurch Brüche in der schulischen Bildung vermieden werden (siehe z. B. Karakayalı u. a. 2016). Ebenso beschreiben Interviewte einen im Vergleich zu früheren Geflüchtetengruppen guten physischen und psychischen Gesundheitszustand der Geflüchteten und verweisen auf die gute gesundheitliche Versorgung im Herkunftsland (Impfsystem, Vorsorge).

Die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft bewerten die sprachliche Verständigung im Jahr 2022 als einfacher, da viele der Geflüchteten Englisch sprechen. Zudem würden die geflüchteten Ukrainer:innen über vergleichsweise höhere finanzielle Ressourcen verfügen, wodurch diese mehr Handlungsspielräume in der deutschen Gesellschaft haben. Weiterhin berichten sie, dass im Gegensatz zu den Jahren 2015/2016 die meisten Geflüchteten dieselbe Sprache sprechen, was Selbstorganisation und Selbsthilfe erleichtere.

³ Im Gesundheitsbereich wird diese Phase auch anders als 2015/16 als unvorbereitet eingeschätzt, weil noch mehr Geflüchtete in kurzer Zeit kamen.

Die Bleibeperspektive können die Interviewten nur schwer einschätzen. Sie beschreiben im Wesentlichen zwei Gruppen: Eine Gruppe will in Deutschland bleiben und erhofft sich daher eine möglichst bruchlose Fortsetzung ihrer Bildungsbiografie. Eine weitere Gruppe versteht ihren Aufenthalt in Deutschland eher als Zwischenstation und macht den Zeitpunkt ihrer Rückkehr vom nur schwer einschätzbaren Kriegsgeschehen abhängig bzw. sieht ihre Bleibeperspektive als offen an.⁴ Von einigen Interviewten werden zudem zwei weitere Gruppen von Kindern und Jugendlichen angesprochen, die als Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland kamen: Zum einen in der Ukraine lebende Angehörige aus Drittstaaten, deren Aufenthalts- und Asylrecht individuell zu prüfen ist. Zum anderen in der Ukraine lebende Sinti und Roma, für die aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichte interkulturell-sensible Betreuung und Sprachmittlung notwendig ist (siehe z. B. KMK 2022).

2.3.2 Bildungskoordination

Wesentliche Herausforderungen für die Bildungskoordination sind Zugänge zu Bildungsinstitutionen, Bildungsübergänge, die Integration in den Arbeitsmarkt sowie fehlende Fachkräfte, Bildungs- und Integrationsangebote über freie Träger oder auch die Jugendmigrationsdienste und Unterkünfte. Die drängendsten Aufgaben für die kommunale Verwaltung waren und sind die Unterbringung in Wohnungen, in Kitas und in der Schule sowie die Sprachvermittlung. Zunächst haben viele Kommunen improvisiert („learning by doing“; „doing by doing“ (Bildungskoordination (Bk) 9). Es standen schnelles Handeln wie die Unterbringung im Bildungssystem und in den Unterkünften im Vordergrund.

Als Netzwerkpartner:innen nennen die Interviewten verschiedene Verwaltungseinheiten⁵, die politische Spitze sowie zahlreiche Vereine und Verbände (siehe dazu auch das Kapitel 2.3.7 Zivilgesellschaft). Die Vernetzungsarbeit besteht z. B. darin, abzustimmen, ob und wie mit Blick auf die Ressourcenknappheit (Fachkräfte, Angebote) freie Kapazitäten z. B. durch Kooperation verschiedener Anbieter genutzt werden können. Hervorgehoben wird die Schnittstellenarbeit zu verschiedenen Kooperationspartnern in der Kommune. Dazu zählen neben Flüchtlingssozialarbeiter:innen, Migrationsberatungsstellen oder Jugendmigrationsdiensten auch die Integrationsverantwortlichen Ansprechpersonen in den Kommunen, die in Ihrer Funktion wertgeschätzt (aufgrund des Netzwerks und ihrer Arbeit „Gold wert“ (BK 8)) und regional unterschiedlich bezeichnet werden. Die Aufgabe ist keine Steuerung von oben, sondern kooperativ-koordinierend (siehe auch Reinhardt/Schmiedeberg 2022) wie das folgende Zitat zeigt:

⁴ Befragungen zeigen, dass eine große Gruppe in Deutschland bleiben wird bzw. möchte (52 Prozent laut Giesing u. a. 2022, 42 Prozent laut BMI 2022). 46 Prozent (Giesing u. a. 2022) bzw. 32 Prozent (siehe BMI 2022) werden in die Ukraine zurückkehren bzw. rechnen bald mit ihrer Rückkehr.

⁵ Zum Beispiel Arbeit (Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Ausländer/Integration/Migration, Bildung (z. B. Kita, Schule), Finanzen, Gesundheit, Katastrophenschutz (z. B. Unterbringung in Messehallen).

„Ja, was bedeutet Koordination? (...) Also ich kann im Prinzip die Plattform dafür bieten, (...) dass einfach Informationen fließen und dass Akteure zusammenkommen, um, um Dinge zu planen. Und dann kann ich natürlich inhaltlich versuchen, in bestimmte Richtungen anzuregen. Also ich habe ja jetzt auch keine, keine Weisungsmöglichkeit gegenüber externen Akteuren, aber kann einfach versuchen, dass die Kommunikation funktioniert.“ (Bk 4)

Durch die Aufrechterhaltung des Informationsflusses werden Versäulungen von Verwaltungsstrukturen reduziert. Die Kommunen haben dafür Gremien wie eine Ukraine-Taskforce oder vergleichbare institutionalisierte Austauschrunden geschaffen, um möglichst zeitnah reagieren zu können. Dabei konnten viele Kommunen auf bereits 2015/16 geschaffene Strukturen zurückgreifen.

Kritisch heben die Interviewpartner:innen die Wahrnehmung einer Ungleichbehandlung („Signalwort Zwei-Klassen-Flüchtlinge“ (Bk5) von Geflüchteten aufgrund ihrer unterschiedlichen Rechte wie dem Aufenthaltsstatus für aus der Ukraine Geflüchtete und der Leistungserbringung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hervor. Einige Befragte berichten, dass ihre Maßnahmen in eine Willkommenskultur und auch Integrationsstrategie mit für alle offenen Angeboten eingebettet sind, um die rechtlich vorgeschriebene Ungleichheit soweit wie möglich nicht spürbar werden zu lassen. Es bleibt aber eine Herausforderung für die Zukunft, weil Kommunen mit einer Gesetzgebung umgehen müssen, die den Geflüchteten unterschiedliche Rechte zuschreibt und die Integrationsleistung alle, auch die deutschen Bürger:innen, einbeziehen muss. Viele der Maßnahmen von Bildungsträgern tragen zur Integration bei und das Bildungsmanagement hat eine eher kooperativ-koordinierende Rolle. Im Fokus stehen Themen wie z. B. die Sprachvermittlung, Freizeit (Kultur, Kunst, Sport usw.) sowie Integrations- und psychosoziale Beratung. Vor allem die Freizeitangebote werden als Schlüsselmoment aus den Erfahrungen 2015/16 genannt, da hier Begegnung mit anderen Menschen stattfindet und so Integration unterstützt wird. Als gut funktionierende Formate, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern oftmals auch für ihre Eltern, beschreiben Interviewpartner:innen z. B. Familienstützpunkte, Mehrgenerationenhäuser oder Sprachcafés mit Kinderbetreuung. Integrationsförderlich seien darüber hinaus mehrsprachige Angebote wie die Integreat App, Flyer, Informationsbriefe oder Websites, die beispielsweise bei Behördengängen Orientierung bieten oder zur Privatunterbringung Auskunft geben.

Wesentlich für die Aufnahme waren neben den Bildungsangeboten in Vereinen auch institutionell nicht angebundene Helfer:innen, die als Türöffner:innen z. B. bei Behördengängen oder bei der Einführung in das Bildungssystem unterstützt haben („manchmal noch enger“ (Bk3) als 2015). Sowohl die autochthone Bevölkerung als auch die bereits in Deutschland lebende ukrainische Community waren bei der Integration in den Alltag hilfreich. Zusammenfassend ist gelungene Integration im Alltag komplex, weil sie formal, non-formal und informell erfolgen muss. Die Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren können New-Governance-Versprechen erfüllen, indem sie durch Vernetzung Abstimmungsprozesse und Bedarfsab-sprachen für Bildungsangebote erleichtern. Gleichzeitig sind sie beschränkt durch die Ressourcenknappheit und den Fachkräftemangel, den sie zwar verwalten und

teilweise auch kompensieren können – oftmals mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie können ihn aber trotz kreativer Lösungen nicht vollständig kompensieren. Hier besteht Handlungsbedarf.

2.3.3 Migrationsämter⁶

Kommunale Migrationsämter sind für die Immigration und Emigration von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern nach und aus Deutschland zuständig und übernehmen mit der fortschreitenden Begleitung des Integrations- bzw. Einbürgerungsprozesses zunehmend Aufgaben, die aufgrund des Aufenthaltsstatus nicht in die Zuständigkeit anderer Behörden fallen (siehe z. B. Schamman 2020a). Dazu arbeiten Migrationsämter eng mit anderen kommunalen Behörden (u. a. Jugend-, Schulämter und Jobcenter), öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern zusammen und nehmen bei der Unterstützung von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen eine Scharnierstellung innerhalb der Kommunalverwaltung ein (siehe z. B. Schamman 2020b).

Zielstellung der Migrationsämter ist eine möglichst frühzeitige Versorgung von Geflüchteten und Schutzsuchenden. Nach der Erstaufnahme fällt die Unterstützung durch adäquate Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, aber auch über Bildungsangebote sowie Sprach- und Integrationskurse in den Aufgabenbereich der Kommunen (Hellermann 2020). Insofern übernehmen kommunale Migrationsämter eine koordinierende Funktion im Sinne eines „Welcome-Integrationsmanagements“ (Migrationsämter (Ma2)), um neuzugewanderte Kinder und Jugendliche in die bestehende „Bildungskette“ (Ma1) der Jugendhilfe und der Bildungssysteme zu integrieren. Dabei sehen die Interviewten ihre Rolle darin, die „Lücken [zu] schließen, die eben das Regelsystem offenlässt“ (Ma1), um durch Bildung und Qualifizierung letztendlich eine Arbeitsmarktmigration zu unterstützen, die gleichzeitig eine Reintegration in das Herkunftsland ermöglicht.

Bildungsgelegenheiten und Spracherwerb sind aus der Sicht der Interviewten die wichtigsten Faktoren für eine gelingende Integration. Daneben wurde die schnelle Einzelunterbringung an einem „endgültigen Wohnort“ (Ma2) als ebenso integrationsförderlich beschrieben wie der schnelle Zugang zu den Bildungs- und Sozialsystemen, der als „Blaupause“ (Ma1) für eine zukünftige Integrations- und Migrationspolitik dienen könnte. Gerade Schulen wird im Hinblick auf ihre Öffnung gegenüber Neuzugewanderten allerdings ein gewisser „Nachholbedarf“ (Ma1) zugeschrieben, dem die Schulen nicht immer gerecht würden. Auch hätten weiterführende Schulen ein Interesse, geflüchtete Jugendliche zu einer beruflichen Ausbildung zu bewegen, die jedoch von der Zielgruppe gegenüber dem Studium eher als

⁶ Zunehmend übernehmen Ausländerbehörden zusätzliche integrationsunterstützende Aufgaben, die sich regional z.T. stark unterscheiden und neben der Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht, auch Asyl- und Flüchtlingsberatung, Rückkehrhilfen, oder Unterstützung bei der beruflichen Integration umfassen können. Der hier verwendete Begriff der kommunalen Migrationsämter ergibt sich aus den interviewten Kommunen, in denen die Ausländer- und Asylbehörden entsprechend ihres Aufgabenprofils stark erweitert wurden.

„Downgrading“ (Ma1) gesehen wird. Hier sollten Zuständige verstärkt eine partizipative Perspektive mit der Zielgruppe einnehmen.

2.3.4 Jugendämter: Ergebnisse der qualitativen Studie

Für die interviewten Angestellten der Jugendämter ist die Integration der ukrainischen Kinder und Jugendlichen in die Betreuungs- und Angebotssysteme eine zentrale Aufgabe, die aus der Perspektive der Interviewten „on top“ (Jugendämter (Ja) 4) zur bisherigen Arbeit bewältigt werden muss. Diese Aufgabe beschreiben die Jugendamtsmitarbeiter:innen als weitgehend durch gesetzliche Regelungen vorgegeben. Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben sich bei der Umsetzung der Vorgaben auf der Stadt- und Landkreisebene Handlungsspielräume bei der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik (siehe Schamman 2020b). Eine Aufgabe besteht z. B. in der engen Abstimmung mit den Einrichtungen und freien Trägern über konkrete Bedarfe für Angebote. Daneben werden weitere Handlungsspielräume bei der individuellen und bedarfsorientierten Fachberatung der Zielgruppe gesehen, die Geflüchtete z. B. für Plätze in Sprachkursen, Kitas und Schulen an die zuständigen Verwaltungsstellen, Einrichtungen oder an zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen im Unterstützungsnetzwerk vermittelt. Für die Jugendämter haben sich wie für die Bildungskoordinationen Familienstützpunkte, Unterstützungsnetzwerke der Flüchtlingsarbeit und moderne, digitale Kommunikationskanäle wie WhatsApp und die Integreat App als besonders nützlich erwiesen (siehe Kapitel 2.3.2).

Beinahe alle Jugendämter haben an Gremienstrukturen aus früheren Fluchtbewegungen innerhalb der Kommunalverwaltung angeknüpft und auf bestehende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder regionalen Integrationsnetzwerken zurückgegriffen (siehe auch die quantitative Befragung der Jugendämter in Kapitel 2.3.5). Die Interviewpartner:innen erwähnten z. B. regelmäßig stattfindende ämterübergreifende Steuerungsgruppen und Task-Forces auf Leitungsebene, die bereits 2015/16 eingerichtet wurden oder zum Teil auch davor bestanden und in denen Aufgaben und Zuständigkeiten abgesprochen sowie Probleme in den jeweiligen Arbeitsbereichen diskutiert werden. In größeren Kommunen bestehen zusätzlich themenbezogene Arbeitsgruppen (z. B. Jugendhilfe, Kindertagespflege und -betreuung) auf der Referenten-Ebene. In den meisten Kommunen werden solche Koordinationsgremien je nach Bedarf und aktueller Lage ausgesetzt, bis aufgrund einer gestiegenen Bedarfslage erneuter Koordinationsbedarf besteht. Für die interviewten Jugendamtsangestellten haben sich die kurzen Abstimmungswege innerhalb der Kommunalverwaltung über Referatsgrenzen hinweg als eine wesentliche Gelingensbedingung bei der Bearbeitung und Bewältigung des großen Geflüchteten-Aufkommens im Frühjahr 2022 herausgestellt.

In diesem Zusammenhang werden die Jugendmigrationsdienste (JMD) neben kommunalen Koordinierungsstellen für Migration und der Ausländerberatung als „wichtige Partner und Ressourcen“ (Ja06) zur Unterstützung von jungen ukrainischen Geflüchteten genannt. Als Vorteil wird dabei die Vernetzung der für Migration zuständigen kommunalen Anlaufstellen gesehen, da man so synergetisch „auf dem kurzen Weg [...] auf bestehende Strukturen dann doch schnell zugreifen“ (Ja2)

kann, um die Praxispartner vor Ort zu unterstützen. Jugendmigrationsdienste stellen aber auch über die langfristig angelegte Betreuung von Jugendlichen den Zugang der Kommunalämter zur Zielgruppe der Ukrainischen Jugendlichen sicher. Dabei kommt nach Einschätzung der Interviewten den JMDs die Aufgabe zu, der Zielgruppe das deutsche Ausbildungs- und Studiensystem näher zu bringen, auch wenn die JMDs personell „hoffnungslos überlastet“ (Ja06) sind.

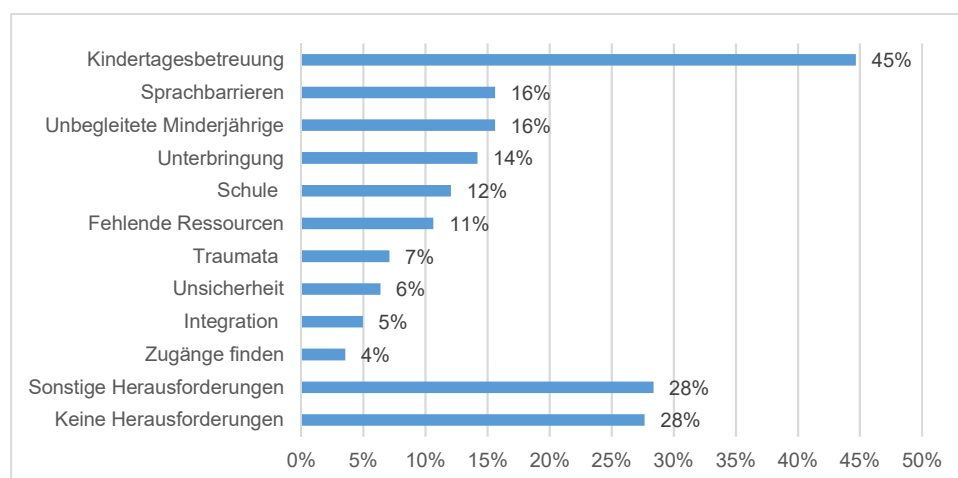
Auch wenn in einzelnen Fällen in den Jugendämtern Koordinationsstellen geschaffen wurden, droht aus der Perspektive der Interviewten eine personelle Überlastung der gewachsenen Strukturen in den Kommunalverwaltungen. So finden sich in den Interviews ebenso wie in der quantitativen Jugendamtsbefragung Hinweise darauf, dass die Planung von Angeboten wie Sprachkurse und Kita-Betreuungsplätze gerade Kommunen mit knappen Kapazitäten durch die Fluchtbewegung vor zusätzliche Herausforderungen stellt. Zusätzlich erschwert die große Fluktuation bedingt durch Rückkehrer:innen in die Ukraine und Wohnortwechsel innerhalb Deutschlands eine Planung solcher Kontingente. In Bezug auf Sprachbarrieren betonen die Mitarbeiter:innen der Jugendämter den großen Mehrwert ukrainischer Dolmetscher:innen, die bei Gesprächen mit Mitarbeitenden der Kommunalämter, aber auch in Kitas und Schulen den Geflüchteten die notwendigen Abläufe und Anforderungen vermitteln können. Neben den sprachlichen Anforderungen sind Dolmetscher:innen verstärkt als interkulturell Vermittelnde gefragt, um bei Begegnungstreffen in Familienstützpunkten zwischenmenschliche Hürden überbrücken oder z. B. als Familienhebammen auf kulturelle Praktiken und Umgangsweisen eingehen zu können.

Eine weitere Herausforderung besteht für die Jugendamtsmitarbeiter:innen in dem Eigenanspruch, allen Geflüchteten und Asylsuchenden unabhängig von der Herkunft und Ausgangslage die gleichen Unterstützungsangebote und Integrationschancen bieten zu können, wenngleich sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen zwangsläufig Ungleichbehandlungen ergeben. So haben Geflüchtete aus der Ukraine über den Zugang zu Beratungen und Leistungen der Arbeitsagenturen schon nach kurzer Zeit andere Voraussetzungen, die beispielsweise Asylbeantragenden bis zur Klärung ihres Aufenthaltsstatus verwehrt bleiben. Hier besteht voraussetzungsvoller Erklärungs- und Kommunikationsbedarf, da dieser Unterschied auch zu Konflikten unter Geflüchteten führen kann (siehe Seidelsohn u. a. 2022).

2.3.5 Jugendämter: Ergebnisse der quantitativen Studie

In der bundesweiten standardisierten Befragung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ wurden die Jugendämter unter anderem gebeten, die drei größten Herausforderungen zu benennen, vor die sie durch den Krieg in der Ukraine gestellt sind. Von den Ämtern, die diese Frage beantwortet haben (n=141), benannten 72 Prozent mindestens eine Herausforderung; von diesen wurden im Durchschnitt 2,3 unterschiedliche Herausforderungen angegeben.

Abb. 1: Einschätzung der Jugendämter zu den größten Herausforderungen aufgrund des Kriegs in der Ukraine (Anteil der Jugendämter in %; Mehrfachnennungen)



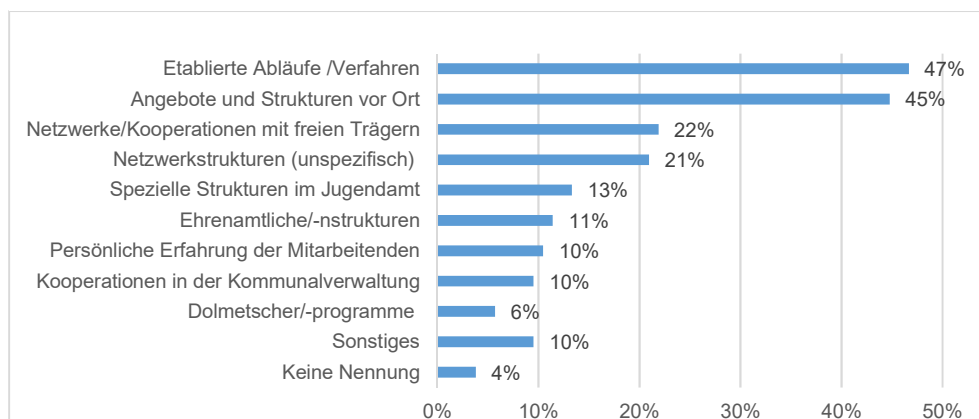
Quelle: DJI-Jugendamtserhebung 2022, n=141

Die offen benannten Herausforderungen wurden zu elf Antwortkategorien zusammengefasst (siehe Abb. 1). 45 Prozent und damit der mit Abstand größte Anteil der Jugendämter nennt die Bereitstellung oder Schaffung von Kita-Plätzen bzw. die Betreuung von Kindern aus der Ukraine als die bzw. eine der größten Herausforderung(en). Von einer Reihe von Jugendämtern (16 Prozent) werden außerdem Sprachbarrieren als besondere Herausforderung benannt. Ebenso viele Jugendämter (16 Prozent) nennen Aspekte im Kontext unbegleiteter geflüchteter Minderjähriger als Herausforderung. Dabei entfällt fast die Hälfte der unter dieses Cluster subsumierten Nennungen auf Statusklärungen, ob es sich bei der Konstellation, in der Minderjährige z. B. mit Bekannten, Verwandten oder Freundinnen bzw. Freunden nach Deutschland einreisen, um eine begleitete oder eine unbegleitete Einreise im Sinne des Gesetzes handelt. Auch die Unterbringung bzw. die Beschaffung von Wohnraum, Schwierigkeiten im Kontext des Schulbesuchs von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie Herausforderungen aufgrund fehlender finanzieller und/oder personeller Ressourcen wurden als Herausforderungen beschrieben. Unter die Kategorie „Sonstiges“ wurden sehr unterschiedliche Aspekte subsumiert, z.B. Kinderschutz oder die Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern. Vereinzelt erwähnt werden zudem Roma-Familien und Jugendämter beschreiben in diesem Zusammenhang fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für kinderreiche Familien und minderjährige Mütter als Herausforderungen für ihre Arbeit. An dieser Stelle ist zu bedenken, dass die Befragten aufgrund des Frageformats als Frage mit einer kurzen offenen Antwortmöglichkeit ihre Einschätzungen nicht genauer erläutern konnten. Jedenfalls machen die Angaben insgesamt deutlich, dass der Krieg die Jugendämter vor vielfältige und ganz unterschiedliche Herausforderungen stellt. Insgesamt zeigt die quantitative Befragung der Jugendämter, wie auch die geführten Interviews, dass häufig Herausforderungen genannt werden, vor denen die Jugendämter ohnehin stehen und die durch die Fluchtbewegungen verstärkt werden, v. a. der Mangel an Fachkräften und Kita-Plätzen. Deutlich wird auch, dass die Jugendämter in unterschiedlichem Maße mit

Geflüchteten aus der Ukraine konfrontiert sind. So meinen 28 Prozent der Jugendämter, dass sie der Krieg in der Ukraine vor keine besonderen Herausforderungen stellt. In diesen Kommunen leben entweder nur sehr wenige geflüchtete Menschen aus der Ukraine oder die dort lebenden Geflüchteten stellen die Jugendämter vor keine größeren Herausforderungen, etwa, weil die vorhandenen Regelstrukturen und Angebote dazu in der Lage sind, Bedarfe der Geflüchteten zu decken. Denkbar ist auch, dass in diesen Ämtern in der Vergangenheit tragfähige Strukturen der Arbeit mit geflüchteten Menschen oder zur Bewältigung unerwarteter Ereignisse etabliert wurden. Welche dieser Interpretationen zutrifft, lässt sich auf Basis der vorliegenden Daten nicht klar bestimmen.

Des Weiteren wurden die Jugendämter danach gefragt, ob sie zur Bewältigung der aktuellen kriegsbedingten Herausforderungen auf Ressourcen in Form von Erfahrungen, Angeboten und Strukturen zurückgreifen können, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen um das Jahr 2015 aufgebaut wurden. Auch hier wurden die Jugendämter gebeten, ihre Einschätzung durch offene Angaben zu begründen bzw. zu konkretisieren. Über zwei Drittel der Jugendämter (69 Prozent) bestätigen, dass auf solche Strukturen zurückgegriffen werden kann. Ein Viertel der Jugendämter (24 Prozent) sieht diese Möglichkeit nicht. Weitere sieben Prozent haben sowohl angegeben, auf solche Ressourcen zurückgreifen zu können, als auch Gründe dafür genannt, dies nicht zu können. In diesen Fällen dürften es zwar gewisse Ressourcen geben, die allerdings in der gegenwärtigen Situation nur eingeschränkt oder zum Teil genutzt werden können.

Abb. 2: Erfahrungen, Angebote und Strukturen, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen ab dem Jahr 2015 aufgebaut wurden und auf die jetzt zurückgegriffen werden kann (Anteil an den Jugendämtern mit solchen Strukturen etc. in %; Mehrfachnennungen)



Quelle: DJI-Jugendamtserhebung 2022, n=105

Abbildung 2 zeigt die kategorisierten Nennungen von denjenigen Jugendämtern, die angeben, auf solche Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen zu können. Mit deutlichem Abstand am häufigsten werden etablierte Abläufe und Verfahren genannt, etwa im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sowie Angebote und Strukturen vor Ort, beispielsweise Kooperationen mit Unterkünften oder Beratungsstellen sowie spezielle Betreuungsangebote für geflüchtete Menschen. Ebenfalls häufig genannt werden diverse Formen der Vernetzung und Kooperation. Dieser Befund wird auch in der Interviewstudie bestätigt.

Von jenen Jugendämtern, die angeben, in der aktuellen Situation nicht auf ab 2015 etablierte Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen zu können, führt eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent aus, dass die aktuelle Situation des Jahres 2022 nicht mit der Situation im Jahr 2015 vergleichbar ist und daher nicht auf frühere Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgegriffen werden kann. Ein Blick auf die Begründungen, die die Jugendämter geben, zeigt, dass die Differenz zur Situation von 2015 vor allem an der anderen Zusammensetzung der Geflüchteten – einmal überwiegend männliche Jugendliche, einmal überwiegend Frauen mit Kindern – festgemacht wird. 23 Prozent der Jugendämter, die nicht auf etablierte Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen können, geben an, dass relevante Strukturen nach 2015 wieder zurückgebaut wurden. Ein gleich hoher Anteil an Jugendämtern beschreibt andere Gründe, z. B. Konflikte um die Finanzierungsfragen (23 %).

2.3.6 Gesundheitsämter und im Gesundheitsbereich aktive zivilgesellschaftliche Organisationen

Gesundheitsämter schreiben sich bezüglich der schulischen Integration Geflüchteter eine Nadelöhrfunktion zu: „Und da ist es ja unsere Aufgabe, die Kinder zu un-

tersuchen, anamnestisch abzuklopfen, ob dort irgendwelche gesundheitlichen Bedenken gegen einen Schulbesuch vorliegen“ (Gesundheitsämter (Ga) 2). Die Schuleingangsuntersuchungen für Schulanfänger:innen und Quereinsteigeruntersuchungen für bereits beschulte Kinder und Jugendliche sind in den untersuchten Kommunen Pflichtaufgaben der Gesundheitsämter, die sie teilweise in Kooperation mit niedergelassenen Mediziner:innen erfüllen. Die Maßgabe einer möglichst raschen Integration in Bildungseinrichtungen (Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz 2022) teilen die interviewten Mitarbeitenden der Gesundheitsämter. Sie bringt sie allerdings auch unter Handlungsdruck und an Kapazitätsgrenzen.

Auch wenn die Maßnahmen der Gesundheitsämter in den untersuchten Kommunen über die Pflichtaufgaben vordefiniert sind, finden sich heterogene Strukturen und Kooperationsweisen zur Versorgung der jungen Geflüchteten aus der Ukraine. Dabei zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle: In Großstädten sind die Strukturen und Maßnahmen für die Ukrainegeflüchteten ausdifferenzierter, und die Gesundheitsämter können eher eigenständige personelle und konzeptionelle Lösungen für die spezifischen Bedarfe der Zielgruppe schaffen. In vielen Kommunen haben sie die über die Pflichtaufgaben klar definierte Schnittstellenarbeit mit dem Schulamt bzw. Bildungsbüro sowie mit Migrationsämtern intensiviert, um die für die Schuleinmündung formal erforderlichen Schritte (z. B. die Anmeldung, gesundheitliche Untersuchung, Schulauswahl) zu beschleunigen. So hat eine Kommune eine Taskforce mit Vertretungen verschiedener Ämter (Bildung, Gesundheit, Asyl) aufgebaut, die in einer gemeinsamen Datei den individuellen Stand der Betreuung dokumentieren, um eine zügige Weiterleitung an die nächste Stelle bis zur Schuleinmündung zu gewährleisten. Insgesamt haben die kommunalen Verwaltungen personell und räumlich neue Kapazitäten geschaffen und ergänzend aufsuchende Angebote installiert, um die Zugänge zur Gesundheitsversorgung für die Zielgruppe zu erleichtern. Ein weiteres Angebot in diesem Zusammenhang ist die adäquate Information der ukrainischen Familien z. B. durch übersetzte Dokumente mit Ablaufschemata für die zur Beschulung erforderlichen Schritte oder Flyer zu weiterführenden gesundheitsbezogenen Angeboten. Gesundheitsämter übernehmen auch externe Vernetzungs- und Koordinierungsaufgaben im gesundheitlichen Bereich, u. a. zur Weiterleitung von Bedarfen und zur Abstimmung von ergänzenden Angeboten.

Neben den Gesundheitsämtern sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Gesundheitsbereich für die Zielgruppe aktiv und nehmen die gesamte Lebenslage der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien (u. a. sozioökonomische Situation, Wohnen, Wohlbefinden) in den Blick. Ihre gesundheitsbezogenen Angebote sind entsprechend vielfältig. Sie vermitteln zu medizinischen Diensten, bieten niederschwellig Beratung und Unterstützung bei Fragen der Lebensbewältigung an und schaffen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten mit anderen Geflüchteten und der autochthonen Bevölkerung. Ein weiteres Angebot sind psychosoziale Hilfen zur Verarbeitung von Fluchterfahrungen und traumanahen Belastungen über Hotlines und psychiatrische Krisendienste sowie die Vermittlung in weiterführende Hilfen. Über die regulären gesundheitsbezogenen Präventions- und Bildungsangebote hinaus entwickeln die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Abhängigkeit von Bedarfen und Kapazitäten zielgruppenspezifische Angebote (Stammtische, mütter-

sprachliche Beratung, Veranstaltungen, Selbsthilfegruppen). Ein weiterer Tätigkeitsbereich zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung und des Wohlbefindens der Zielgruppe ist die Gesundheitsbildung. So bieten Vereine beispielsweise Vorträge und Seminare zum deutschen Gesundheitssystem und zu gesunder Ernährung an. Aus Sicht der Interviewten aus dem Gesundheitsbereich sind auch Sportangebote wichtige niederschwellige Instrumente zur Integration und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere „über Sportvereine (...), weil das eben auch nonverbale Verbindungen schafft, die relativ einfach sind“ (Ga2). Eine Interviewte verweist auch auf das gesundheitsfördernde Potenzial musikalischer Angebote (z. B. bei der Traumabewältigung). Während die Angebote selbst niederschwellig sind, bestehen Hürden beim Zugang zu Vereinen (u. a. durch Unkenntnis des deutschen Vereinssystems und mangelnde finanzielle Ressourcen).

Soziale Unterstützung wird von den im Gesundheitsbereich Interviewten als zentrale Ressource für die Integration der Zielgruppe beschrieben. Gastfamilien schaffen Zugänge zu Bildungseinrichtungen, kinderärztlicher Versorgung und Vereinen. Personen der ukrainischen und russischen Community in Deutschland wirken neben professionellen Dolmetscher:innen als kulturelle und sprachliche Mittler:innen (Albrecht u. a. 2005). Auch die Geflüchteten selbst bringen ihre Sprach- und Berufskompetenzen ein (z. B. werden Mütter als Willkommenskräfte in einer Schule für behinderte Kinder angestellt). Die sprachliche Vermittlung hat im Gesundheitsbereich eine besondere Bedeutung, weil Kommunikationsprobleme sowie differierende Krankheitskonzepte den Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zur Gesundheitsversorgung erschweren (Razum u. a. 2004). Die beschriebene Unterstützung kann allerdings nicht alle Sprachbarrieren auflösen. Auf Englisch als Brückensprache können einige Geflüchtete nur bedingt zurückgreifen, die notwendige Einbindung von Dolmetscher:innen führt zu Verzögerungen, und Teile der Zielgruppe haben gegenüber russischsprachiger Unterstützung aufgrund des russischen Angriffskriegs und eines eigenständigen ukrainischen Identitätsverständnisses Vorbehalte.

Im Gesundheitsbereich wird die Kumulation bestehender Engpässe in der medizinischen Versorgung und der sowohl aus der Corona-Pandemie als auch aus dem Ukrainekrieg resultierenden Bedarfe und Kapazitätsprobleme besonders deutlich. Das betrifft unter anderem die kinderärztliche und sozialpsychiatrische Versorgung. Diese Versorgungslücken sind besonders problematisch, weil soziale Unterstützung als gesundheitlicher Schutzfaktor vielfach fehlt, aber gerade auch bei der Verarbeitung von Fluchterfahrungen wesentlich wäre (Metzner u. a. 2018) Daher gibt es in manchen Kommunen auch Bemühungen, die während der Pandemie kreierte räumlichen und personellen professionellen sowie ehrenamtlichen Ressourcen zur Unterstützung Ukrainegeflüchteter einzusetzen.

2.3.7 Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden zum Teil neu gegründet oder bilden neue Strukturen, um der fluchtbedingten Situation vor Ort gerecht zu werden. So werden etwa Angebote geschaffen, die sich ausschließlich an geflüchtete Kinder und

Jugendliche aus der Ukraine richten. Oft wird jedoch auch an bestehenden Strukturen respektive Angeboten festgehalten. Angebote, die eine Organisation ohnehin vorhält, werden dann für die Zielgruppe kostenfrei geöffnet. Die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft lässt sich in beiden Fällen wie folgt beschreiben: Geflüchteten Kindern und Jugendlichen werden niederschwellig zugängliche sowie kostenlose Bildungsangebote zur Verfügung gestellt, wodurch diese ihre Selbstwirksamkeit erleben, soziale Kontakte knüpfen, ihre Deutschkenntnisse verbessern sowie die Flucht und den dadurch geprägten Alltag für eine gewisse Zeit hinter sich lassen können.

Das Angebotsspektrum ist äußerst vielfältig: Familienbildung, bei der vor allem Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt steht, Sport- und Bewegungsangebote, Sprachkurse, Tanz- und Theaterpädagogik, Unterstützung des Übergangs in das weiterführende Bildungssystem sowie Betreuungsangebote für nicht-schulpflichtige Kinder sind ausgewählte Beispiele. In Übereinstimmung mit den Interviewten aus dem Gesundheitsbereich betont die Zivilgesellschaft dabei vor allem den Mehrwert körperbetonter sowie künstlerischer Bildungsangebote, da hier trotz Sprachbarriere gut partizipiert werden kann. Auch Forschungsbefunde aus Sicht geflüchteter Kinder stützen diese Einschätzung (Due et al. 2016).

Ferner gilt es, auf den kompensatorischen Charakter zivilgesellschaftlicher Betreuungsangebote für nicht-schulpflichtige Kinder sowie ehrenamtlicher Sprachkurse hinzuweisen. Die Aussagen der Interviewten machen deutlich, dass in deren Wahrnehmung seitens der Kommunen weder ausreichend Betreuungsplätze noch genügend Sprachangebote vorgehalten werden. Mitunter werden Angebote in Kooperation mit Schulen, Universitäten, Unternehmen oder der kommunalen Verwaltung umgesetzt. Einige Befragte sind auch in Arbeitskreisen oder Gremien vertreten, die die Kommunalverwaltung organisiert und die sich mit der Integration der ukrainischen Geflüchteten beschäftigen. Den dortigen Austausch beschreibt die Zivilgesellschaft als sehr gewinnbringend, u. a. deshalb, weil in diesem Kontext auch etwaige Probleme und Herausforderungen diskutiert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Die oben thematisierte kooperative Steuerung der Bildungskoordination (Reinhardt/Schmiedeberg 2022) ist somit für jene Interviewten, die in entsprechende Austauschrunden eingebunden sind, durchaus ertragreich.

Einen großen Mehrwert hat aus Sicht der Interviewten zudem eine vor Ort ansässige ukrainische Community und deren ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete. Es mache „(...) schon mal einen Riesenunterschied, wenn es ukrainischsprachige Menschen gibt, die dann auch die Angebote für die Kinder und Jugendlichen (...) unterbreiten, und die auch selber, ja, einfach sagen, was wichtig ist, und einfach das aus ihrer Sicht koordinieren, ja?“ (Zivilgesellschaft (Zg) 7). Ein Engagement von Geflüchteten in einer zivilgesellschaftlichen Organisation wird als integrationsförderlich und partizipatorisch beschrieben. Zudem profitieren davon geflüchtete Kinder und Jugendliche, die entsprechende Angebote wahrnehmen. Ferner wird in den Interviews der positive Effekt einer privaten Unterbringung mehr als deutlich. Beispielsweise würden gastgebende Familien sinnbildlich gesprochen den geflüchteten Kindern und Jugendlichen die Tür zu außerschulischen Bildungsangeboten öffnen. Gleichzeitig sei eine Privatunterbringung auch eine zentrale Weichenstellung, um

am alltäglichen Leben einer Gesellschaft partizipieren zu können. Des Weiteren betonen die Interviewten, dass Integration nur über Interaktion funktioniert. Außer-schulische Bildungsangebote, in welchen ukrainische und autochthone Kinder und Jugendliche zusammenkommen, sind demnach besonders integrationsförderlich.

Zudem stellen Sprachkurse für die Befragten einen notwendigen Baustein für eine gelingende Integration dar. Aktuelle Befunde, wonach Deutschkenntnisse beispielsweise signifikant den Eintritt von Geflüchteten in Erwerbstätigkeit und berufliche Ausbildung erleichtern (Eberhard/Schuß 2021), bekräftigen diese Einschätzung. Die Befragten veranschaulichen aber auch, dass Eltern aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze häufig nicht an Deutschkursen teilnehmen können. Gleichzeitig kommen geflüchtete Kinder dadurch auch nur schwer in Kontakt mit deutschsprachigen Menschen. Ferner sieht die Zivilgesellschaft wie auch die Interviewten des Gesundheitsbereichs eine Doppelbelastung der schulpflichtigen Geflüchteten. Neben dem Schulbesuch vor Ort nehmen diese oftmals zusätzlich am Online-Unterricht einer ukrainischen Schule teil.

Darüber hinaus werden – wie auch von Seiten der Jugendämter und der Bildungs-koordination – eigene Wohnungen für ukrainische Geflüchtete als Herausforderung gesehen. Die Probleme des deutschen Wohnungsmarkts zeigen sich in der aktuellen Situation sehr deutlich (Brücker u. a. 2022a). Zudem halten die Befragten einen Bürokratieabbau für nötig, da die Bürokratie für Geflüchtete oft nur schwer nachzuvollziehen ist (siehe z. B. Giesing u. a. 2022). Des Weiteren formulieren sie einen Bedarf an weiteren Engagierten und verweisen auf ihre Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung. Womöglich zeigt sich in diesem Befund die in Deutschland tendenziell abnehmende Engagement- und Spendenbereitschaft für ukrainische Geflüchtete (Dollmann u. a. 2022). Die Inflationskrise wird allerdings die finanziellen Abhängigkeiten der Zivilgesellschaft eher verstärken. Somit sollten zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Ressource für gelingende Integration (Kausmann u. a. 2022) gezielt unterstützt werden. Gerade die niederschwellig zugänglichen, kostenfreien sowie Begegnung ermöglichenden Bildungsangebote der organisierten Zivilgesellschaft gilt es hierbei zu fördern.

3 Teilprojekt 2: „Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren“

Antonia Birkeneder, Christina Boll, Laura Castiglioni, Alexandra Langmeyer und Christoph Liel

3.1 Kontext und Herausforderungen

Wie bereits erwähnt, fliehen aus der Ukraine überwiegend Frauen bzw. Mütter sowie Kinder und Jugendliche in die Bundesrepublik. Männer bzw. Väter reisten meist nicht aus und wurden vielfach zur Verteidigung des Landes herangezogen. Nach der Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)“ liegt der Frauenanteil unter allen Geflüchteten bei 68 Prozent und unter den 18- bis 70-jährigen Geflüchteten bei 80 Prozent. Ebenfalls einleitend erwähnt wurde die überdurchschnittlich hohe Bildung der erwachsenen Geflüchteten: Während der Anteil der Akademikerinnen und Akademiker schon in der bisherigen ukrainischen Bevölkerung in Deutschland bei 50 Prozent lag, gilt dies für 72 Prozent der aufgrund des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine Geflüchteten zwischen 20 und 70 Jahren (Brücker u. a. 2022b). Dies lässt grundsätzlich ein hohes Integrationspotenzial erwarten, allerdings sind die Bleibeabsichten zum jetzigen Zeitpunkt vielfach noch ungeklärt und von der weiteren politischen Entwicklung im Kriegsgebiet abhängig (Brücker 2022). Ähnlich zu deutschen Frauen sind auch aus der Ukraine geflüchtete Frauen seltener erwerbstätig, wenn sie mit Kindern im Haushalt leben, während dies für geflüchtete Männer (analog zu deutschen Männern) nicht gilt. Eine geringere Erwerbstätigenquote ergibt sich für Frauen mit Kindern im Haushalt insbesondere dann, wenn die Kinder keine Betreuungseinrichtung besuchen (Brücker u. a. 2022b). Nicht nur für die Einbindung in den Arbeitsmarkt, sondern auch für die soziale Teilhabe in anderen Lebensbereichen können hohe Betreuungsverpflichtungen ein Hemmnis darstellen.

Mütter mit jungen Kindern stellen daher eine potenziell besonders belastete Gruppe unter den Geflüchteten dar, die in ihrem Alltag in Deutschland viele Bedürfnisse ausbalancieren müssen und über die Kitas mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe in Kontakt kommen. Das Teilprojekt 2 fokussiert daher zum einen auf die Situation, Bedarfe und erfahrene Unterstützung geflüchteter Mütter und zum anderen auf die Anforderungen an Kindertageseinrichtungen, die seitens der Leitungskräfte berichtet werden.

In der Mütterbefragung stehen ukrainische Mütter mit Kindern von 0 bis sechs Jahren im Fokus. Für sie ist zu erwarten, dass durch den hohen Betreuungsaufwand und die erhöhten Fürsorgeanforderungen besonders große Herausforderungen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland bestehen, insbesondere bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, damit aber vermutlich auch beim Aufbau privater Netzwerke, sofern die Kita hierfür keinen geeigneten Rahmen bietet. Auch

zivilgesellschaftliches Engagement dürfte in dieser Situation nur schwer möglich sein. Hinzu kommen Belastungen, die sich u. a. aus den Fluchterfahrungen, der Sorge um zurückgelassene Familienangehörige, Einsamkeit, der alleinigen Erziehungsverantwortung für die Kinder und Zukunftsängsten ergeben können. Dementsprechend adressiert die Müttererhebung Fragen u. a. zum Wohlergehen und Leben der Mütter und ihrer Kinder in Deutschland, zur Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten, zum Familienleben vor der Flucht und zu Bleibeabsichten der Mütter.

Auf Seiten der Kinderbetreuungseinrichtungen stellt die Aufnahme der geflüchteten Kinder und eine individuell adäquate Betreuung ebenfalls eine große Herausforderung dar. Ohnehin kann der fortschreitende Ausbau von Plätzen in der Kindertagesbetreuung nicht mit dem wachsenden Betreuungsbedarf vor allem für Kinder unter drei Jahren Schritt halten (Kayed u. a. 2022). Die Aufnahme von Kindern, die nicht die deutsche Sprache sprechen und vielfach belastende Erfahrungen aus dem Kriegsgebiet und der Flucht mitbringen, beinhaltet jedoch zusätzliche fachliche Anforderungen, bei denen auch eine engere Zusammenarbeit mit den Eltern bzw. Müttern angezeigt erscheint. Daher werden in der Kitaleitungsbefragung der Umfang aufgenommener ukrainischer Kinder, mögliche Veränderungen der Personalschlüssel, Herausforderungen im Betreuungsalltag, die elterlichen Unterstützungsbedarfe und vermittelte Hilfeangebote adressiert.

3.2 Erhebungsstrategie und Zeitplan

Die Mütterbefragung richtet sich an ukrainische Mütter, die seit dem 24.02.2022 gemeinsam mit mindestens einem Kind im Alter von 0 bis 6 Jahren nach Deutschland geflohen sind. Sie werden primär über Kitas rekrutiert (s.u.). Als zweiter Rekrutierungsweg konnten die Jobcenter und Büros der Jugendberufsagentur der Freien und Hansestadt Hamburg gewonnen werden, die dort eine wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Mütter darstellen. Mittels Postern, die in den Kitas und Jobcentern ausgehängt werden sollen, sowie über Postkarten zum Mitnehmen werden potenzielle Befragte über die Studie informiert. Die Informationsmaterialien enthalten einen Link, der zur Online-Befragung führt. Daran anknüpfend ist ein Schneeballsystem geplant: der Link zur Studie ist nicht personalisiert und die Befragten werden darum gebeten, den Link an weitere Mütter aus der Zielgruppe weiterzuleiten. Dies hat den Vorteil, dass mit dieser Studie auch Mütter erreicht werden können, die noch nicht von einer deutschen Behörde registriert wurden, wie es über eine klassische Registerstichprobe möglich wäre.

Die Zielgruppe der Kita-Befragung besteht aus Leitungen von Kindertageseinrichtungen. Der Zugang zu den Kitas erfolgt über eine Adressensammlung, die im Rahmen der ERiK-Studie (angesiedelt am DJI) angelegt wurde (Klinkhammer u. a. 2022). Durch diesen Zugang liegen strukturelle Informationen zu den Einrichtungen (z. B. zur Größe) bereits vor und müssen nicht erneut abgefragt werden. Dies ermöglicht es, die Online-Befragung kurz zu halten und so die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. In einer Doppelrolle fungieren die Kita-Leitungskräfte nicht nur als Befragungspersonen, sondern auch als Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren

für die Mütterbefragung. Die Kitaleitungen werden vorab in einem Informationsschreiben über beide Befragungen informiert. Die Einsatzstichprobe für die Mütter- und Kitaleitungsbefragung beträgt $n=5.304$ Einrichtungen.

Die Befragungen werden vom Befragungsinstitut infas durchgeführt und aufbereitet. Eine weitere über soziale Medien (Facebook, Instagram) laufende Befragung von Müttern mit Kindern ab sieben Jahren wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DJI und der Universität Bamberg konzeptioniert und ins Feld gebracht (siehe Kapitel 3.3.2). Die Datenauswertungen zur Mütterbefragung werden vom DJI in Kooperation mit dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut und der Universität Bamberg durchgeführt. Die Auswertungen der Angaben der Kitaleitungen werden vom DJI durchgeführt.

Beide Befragungen werden Anfang März 2023 ins Feld gehen. Die Feldphase wird in der letzten Aprilwoche abgeschlossen sein. Ein Zwischendatensatz soll dem DJI Mitte März zur Verfügung stehen, sodass plangemäß zum Ende des ersten Quartals 2023 erste deskriptive Auswertungen vorliegen werden. Der geprüfte Enddatensatz wird in der letzten Maiwoche verfügbar sein, sodass die finalen Auswertungen und die Berichtslegung voraussichtlich plangemäß zum Ende des ersten Halbjahrs 2023 vorliegen werden.

Zusammenfassend informiert über die einzelnen Methoden und Instrumenten, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden, der Methodensteckbrief in Anhang 1.

3.3 Die Erhebungsinstrumente

3.3.1 Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern unter sieben Jahren

Die Online-Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern im Alter bis zur Einschulung ist wie folgt aufgebaut:

Nachdem die Zugehörigkeit zur Zielgruppe festgestellt wurde (weibliches Geschlecht; leibliches, adoptiertes oder Pflegekind, das mit nach Deutschland kam und mit der Mutter im selben Haushalt lebt), folgen Fragen zu verschiedenen Themenkomplexen. Antwortkategorien werden jeweils vorgegeben, wobei es auch möglich ist, keine Angabe zu machen.

Der erste Themenkomplex behandelt Fragen zu einer aktuellen Partnerschaft, ob es diese bereits vor der Flucht aus der Ukraine gab und ob noch Kontakt zu einem früheren Partner bzw. einer früheren Partnerin besteht. Auch wird erfragt, mit wem die Mütter nach Deutschland gekommen sind, mit wem sie aktuell zusammenwohnen und welche Angehörigen in der Ukraine zurückgelassen wurden bzw. werden mussten.

Es folgen Angaben zur aktuellen Wohnsituation. Die Mütter werden nach dem aktuellen Aufenthaltsort und dem zugehörigen Bundesland gefragt, seit wann sie an

diesem Ort leben und in welcher Art von Unterkunft sie wohnen. Leben sie in einem privaten Haushalt, werden die Mütter gefragt, ob sie ihren Gastgeber schon vor dem Einzug kannten.

In einem dritten Themenkomplex wird auf Informationen über bestehende Kontakte der Mütter in Deutschland und in der Ukraine abgezielt. Nach der Frage, ob sie sich bei der Ankunft in Deutschland willkommen fühlten, wird die Häufigkeit der Kontakte zu den wichtigsten Angehörigen in der Ukraine in den letzten zwei Wochen erfragt. Auch über etwaige Kontakte in Deutschland und zu welchen Personengruppen es diese gibt, werden Informationen eingeholt.

Nach der Abfrage deutscher Sprachkenntnisse dreht sich ein vierter Themenkomplex um das mütterliche Wohlbefinden. Erfragt werden auch Einsamkeitserleben, die Belastung durch das Kriegsgeschehen und etwaige gesundheitliche Einschränkungen im Alltag.

Ein fünfter Themenkomplex behandelt Fragen zum Kind. Bei mehreren Kindern unter sieben Jahren wird die Mutter gebeten, das Kind, das als nächstes Geburtstag hat, auszuwählen und fortan für dieses Kind Angaben zu machen. Es werden Fragen zum Wohlbefinden des Kindes, zu seinem Gesundheitszustand, zu Kitabetreuung und anderen Betreuungspersonen, zum Kontakt des Kindes zum (anderen) leiblichen Elternteil, zur Erziehung des Kindes und zur Selbstwahrnehmung in der Mutterrolle (u. a. Erschöpfungszustände) gestellt.

Ein sechster Themenkomplex beschäftigt sich mit sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen. Hier wird zum einen der Bezug von Grundsicherungsleistungen abgefragt. Zum anderen soll angegeben werden, ob die folgenden Hilfen bzw. Versorgungsangebote genutzt wurden: Medizinische Versorgung, psychologische Hilfe, Hilfe bei Behördengängen, bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft, bei der Arbeitssuche, beim Deutschlernen und bei Erziehungsfragen. Im Falle der Nichtnutzung werden jeweils die Gründe dafür erfragt (kein Interesse; Angebot ist nicht bekannt; Angebot ist bekannt, aber konnte aus anderen Gründen bisher nicht genutzt werden).

Ein siebter Themenkomplex adressiert Zukunftsperspektiven und fragt nach Bleibeabsichten sowie Zukunftssorgen und -ängsten.

Ein Block soziodemografischer Fragen zu Alter, Wohnregion in der Ukraine (Oblast), Fluchtgrund, finanzieller Situation vor der Flucht, höchstem erreichten Bildungsabschluss, Aufenthaltsstatus, Angaben zur aktuellen, früheren und künftig geplanten Erwerbstätigkeit schließt die Befragung ab.

Zuallerletzt wird der Zugangsweg in die Befragung erfragt und die Möglichkeit für eine aus Sicht der Befragungsperson wichtigen Mitteilung in einem offenen Antwortfeld gegeben.

3.3.2 Mütterbefragung über soziale Medien (Machbarkeits-Ansatz)

Wie bereits erwähnt, soll die Rekrutierung von Müttern im Rahmen der Kitas und Jobcenter durch einen dritten Zugang über soziale Medien ergänzt werden. Damit sollen sowohl Mütter mit Kindern unter 7 Jahren (also die Zielgruppe der Mütterbefragung über Kitas und Jobcenter) als auch Mütter von Schulkindern erreicht werden. Der Social Media-Zugang dient also zum einen der Steigerung der Reichweite der Befragung von Müttern mit Vorschulkindern, insbesondere derjenigen unter ihnen, deren Kinder keine Kita besuchen. Zum anderen dient er der Adressierung der Mütter mit älteren Kindern. Die Social-Media-Erhebung wurde in Kooperation mit der Universität Bamberg (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. Guido Heineck) konzeptioniert, da die dort angebundene ukrainische Wissenschaftlerin Prof. Dr. Olena Martyniuk/Universität Kiew eine vergleichbare Online-Studie mit Müttern von Kindern und Jugendlichen im Schulalter durchführt (Förderung durch die Volkswagenstiftung). Diese wird zur Nutzung wechselseitiger Synergien mit der Erhebung in Teilprojekt 2 des DJI hinsichtlich des Stichprobenzugangs verknüpft.

Mit einer Studieninformation analog zur Befragung in den Kitas und Jobcentern sollen in informellen Netzwerken via Facebook, Instagram und Messengerdiensten Mütter zur Teilnahme an der Studie „Ukrainische Mütter in Deutschland“ gewonnen werden. Hierbei werden zwei Zugangslinks verbreitet, die interessierte Mütter abhängig vom Alter des jüngsten minderjährigen Kindes zur DJI-Befragung bei in-fas (jüngstes Kind im Vorschulalter, bis sechs Jahre) oder zur Befragung an der Universität Bamberg leiten (jüngstes Kind im Schulalter, ab sieben Jahre). Textnachrichten über die Messengerdienste „Telegram“ und „Viber“, welche eine hohe Verbreitung unter ukrainischen Geflüchteten haben und auch für die Kommunikation mit Angehörigen im Heimatland genutzt werden, sollten auf die Postings in den Portalen „Facebook“ und „Instagram“ verweisen und deren Verbreitung unterstützen. Die Bewerbung der Erhebung durch Verbreitung des Zugangscodes via Social Media wird in ukrainischer Sprache durch Prof. Dr. Olena Martyniuk an der Universität Bamberg gewährleistet. Der Fragebogen der Mütterbefragung für Mütter mit Kindern bis sechs Jahre ist für alle Zugänge gleich.

Neben der Reichweitenerhöhung der Betroffenenbefragung besteht eine weitere Aufgabe des Rekrutierungsansatzes via Social Media darin, Effekte von Stichprobenselektivität auf die Ergebnisse zu untersuchen. Eine Stichprobenrekrutierung via Social Media kann eine effektive, wirtschaftliche und zukunftssträchtige Alternative zu traditionellen Rekrutierungswegen sein, wenn mit einer Studie beispielsweise ein kurzfristiger Informationsbedarf aufgrund eines gesamtgesellschaftlich relevanten Ereignisses, wie z. B. Fluchtbewegungen vor einem unerwartet einsetzenden Krieg, empirisch gedeckt werden soll. Dabei stellen sich allerdings vielfältige methodische und ethische Herausforderungen (Zimmermann u. a. 2022), die ein methodisches und organisationales Lernen erfordern. Zudem sind die Erfolgsaussichten im Vergleich zu traditionellen Rekrutierungsmethoden unklar.

Um zurückverfolgen zu können, welche Personen durch welchen Zugangsweg zur Mütterbefragung gefunden haben, wird im Fragebogen gefragt, über welche Personen oder Organisationen der Link zur Befragung erhalten wurde, mit den möglichen Kategorien „Über Kinderbetreuungseinrichtung“, „Über Jobcenter/Jugendberufsagenturen“, „Über persönliche Ansprache z. B. über Freundinnen bzw. Freunde“, „Über Social Media“ oder „Über andere Kanäle/Kontakte“.

Der Machbarkeits-Ansatz dieser Erhebung erweitert das methodische Repertoire und den Erfahrungsschatz am DJI und generiert durch die differenzielle Bewertung der Effekte von Stichprobenselektivität zwischen drei Feldzugängen (Social Media, Kitas und Jobcenter) wichtiges Orientierungswissen für zukünftige Studien, aber auch für die Interpretation der vorliegenden Befunde.

3.3.3 Befragung der Kitaleitungen

Die Fragebogenkonstruktion ist an das Vorgehen von Benjamin Baisch u. a. (2017) und Monika Wertfein und Sigrid Lorenz (2017) angelehnt. Somit ist es möglich, spezifische Unterschiede zu früheren Flüchtlingsbewegungen und mit ihnen zusammenhängende Herausforderungen herauszuarbeiten. Zuerst wird um Auskunft gebeten, ob und, wenn ja, wie viele geflüchtete Kinder verschiedener Altersgruppen (0 bis unter 3 Jahre, 3 Jahre bis Einschulung, Schulkinder) seit Februar 2022 für das letzte bzw. aktuelle Kita-Jahr aufgenommen wurden, wobei auch auf die Möglichkeit hingewiesen wird, eine Schätzung abzugeben.

Wurden keine aus der Ukraine geflüchteten Kinder aufgenommen, werden die Gründe dafür abgefragt. Gründe, die durch die vorgegebenen Antwortkategorien nicht abgedeckt sind, können in einem offenen Feld angegeben werden. Weiter wurde gefragt, ob die Einrichtung plant, demnächst (weitere) geflüchtete Kinder aus der Ukraine aufzunehmen. Falls mit „Nein“ geantwortet wird, werden auch hierfür die Gründe erfasst.

Als nächstes wird die Personalsituation thematisiert, in der die geflüchteten Kinder aufgenommen wurden. So wird beispielsweise gefragt, ob es freie Plätze in der Einrichtung gab und ob durch die Aufnahme der Kinder die üblichen Standards zum Personal-Kind-Schlüssel und/oder zur Gruppengröße (temporär) nicht eingehalten werden konnten.

Zusätzlich zum Zugangsweg der geflüchteten Kinder zur Einrichtung (z. B. Eltern des Kindes oder Kommune bzw. Jugendamt) wird erfasst, ob und warum aufgenommene geflüchtete Kinder die Einrichtung bereits wieder verlassen haben. Zudem wird gefragt, wie viele Kinder dies waren und wie lange sie in der Einrichtung blieben.

Im Folgenden handelt der Fragebogen von den Herausforderungen in Hinblick auf die Arbeit mit den geflüchteten Kindern aus der Ukraine. Mit den Ausprägungen „Sehr groß“, „Groß“, „Mittel“, „Klein“ und „Sehr klein“ sollen die Kitaleitungen verschiedene Herausforderungen einschätzen. Beispielsweise wird die Verständigung mit den Eltern aufgrund sprachlicher Hürden und die Zusammenarbeit mit den Eltern als mögliche Herausforderungen thematisiert. Auch in Bezug auf die

Kinder selbst werden einige potenzielle Herausforderungen angesprochen (Eingewöhnung, psychische Belastung bzw. Traumata, Gesundheit, sozial-emotionale Entwicklung etc.).

Der letzte große Themenkomplex befasst sich mit Unterstützungsangeboten. Zuerst wird gefragt, welche **Unterstützungsleistungen bzw. -angebote die Einrichtung selbst** nutzen kann bzw. wo (weiterer) Unterstützungsbedarf besteht. Neben einer offenen Antwortkategorie stehen insgesamt zwölf vorgegebene Antwortmöglichkeiten zur Verfügung, darunter „Dolmetscher/innen, Sprachmittler/innen“, „Psychologische Unterstützung für Kinder“, „Spezifische Fortbildung für Fachkräfte“, „Informationen über rechtliche Rahmenbedingungen der Betreuung von aus der Ukraine geflüchteten Kindern“ und „Deutschkurse für ukrainische Eltern“. Anschließend geht es um **allgemeine, nicht speziell an Geflüchtete gerichtete Unterstützungsangebote**, auf die geflüchtete Eltern aus der Ukraine in der Einrichtung hingewiesen bzw. in welche sie vermittelt werden. Mögliche Kategorien umfassen zum Beispiel „Beratung in Familien- oder Erziehungsberatungsstellen“, „Elternkurse (z. B. ‚Starke Eltern - Starke Kinder‘; STEP-Konzept; ‚Kinder im Blick‘)“ oder „Telefon- und Onlineberatung (z. B. Elterntelefon, ‚Nummer gegen Kummer‘)“. Bezogen auf speziell an **Eltern mit Migrationshintergrund** – ob mit oder ohne Fluchtcontext – **gerichtete Unterstützungsangebote** wird gefragt, ob geflüchtete Eltern aus der Ukraine in der Einrichtung auf diese hingewiesen bzw. in welche sie vermittelt werden.

Zuletzt wird erfasst, wie lange die Einrichtung generell schon Erfahrungen mit der Betreuung von geflüchteten Kindern hat (weniger als 1 Jahr, 1 bis unter 2 Jahre, 2 bis unter 5 Jahre, 5 Jahre und mehr).

4 Teilprojekt 3: „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“

Sophia Chabursky, Jannika Gutt & Alexandra Langmeyer

4.1 Kontext und Herausforderung

Das Jugendalter ist eine wichtige Lebensphase, in der Jugendliche mit vielen essenziellen Entwicklungsschritten und -aufgaben konfrontiert sind. Unter anderem entwickeln Jugendliche komplexere intellektuelle und soziale Kompetenzen, sie gewinnen eine größere emotionale und soziale Autonomie im Verhältnis zu ihren Eltern und knüpfen engere Kontakte zu Freundinnen und Freunden und Gleichaltrigen. Können diese Entwicklungsaufgaben von den Jugendlichen nur unzureichend bewältigt werden, kann das negative Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit haben (Hurrelmann/Quenzel 2016).

Migrationsprozesse wirken sich im Allgemeinen auf verschiedene Lebensbereiche aus. Sie können zu einer Veränderung des Lebensstandards führen sowie zu Veränderungen von Beziehungsstrukturen (Assion 2006). Migration an sich kann bereits persönliche und psychische Belastungen zur Folge haben, die sich negativ auf das gesundheitliche Wohlbefinden auswirken. Zwangsmigration oder Fluchtbergen zudem zusätzliche Belastungen durch mögliche Erfahrungen von Krieg und Verfolgung. So ist die Prävalenz psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung deutlich höher als bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Bürgin u. a. 2022). Insbesondere für Jugendliche, die auf der Flucht oft von ihren Eltern abhängig sind, gleichzeitig aber inmitten ihrer Autonomie- und Individuationsentwicklung stecken, kann dieser Prozess sehr belastend sein.

Damit geflüchtete Jugendliche in ihrem Ankunftsland möglichst bald zur Normalität zurückkehren und die Bewältigung ihre Entwicklungsaufgaben fortführen können, ist es wichtig, die Bedarfe dieser Jugendlichen zu erfassen. Sind diese Bedarfe Politik und Praxis bekannt, können die nächsten Handlungsschritte eingeleitet und den Geflüchteten in bestimmten Lebensbereichen Unterstützung angeboten werden, damit alle Jugendlichen in Deutschland gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen haben. Dieses Ziel verfolgte auch die DJI-Studie „Unbegleitete und begleitete geflüchtete Jugendliche – Lebenslagen und Integrationsprozesse aus der Perspektive junger Geflüchteter“ (Lechner/Huber 2017). Im Rahmen dieser Studie wurden qualitative Interviews mit geflüchteten Jugendlichen aus der Fluchtbewegung des Jahres 2015 geführt, um mehr über ihre Ankunftserfahrungen in Deutschland, ihren Alltag und ihre Bedarfe zu erfahren. Teilprojekt 3 der vorliegenden Studie widmet sich dem selben Ziel, wobei es sich auf die Zielgruppe der geflüchteten Jugendlichen aus der Ukraine fokussiert. Anders als in der Flüchtlingswelle 2015 kommen die meisten Jugendlichen aus der Ukraine begleitet durch ihre Mutter oder ein anderes Familienmitglied in Deutschland an. Außerdem sind die Fluchtdistanzen kürzer. Trotzdem stehen die Jugendlichen beider Flüchtlingsgruppen vor der glei-

chen Herausforderung, sich in einem neuen Land mit fremder Sprache zu orientieren, ihre sozialen Beziehungen aufrechtzuerhalten bzw. neue aufzubauen und ihre schulische Bildung fortzusetzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, in der aktuellen Studie mit den ukrainischen Jugendlichen ebenso explorativ vorzugehen und die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen.

4.2 Methodik

In Teilprojekt 3 wurden 25 leitfadengestützte Interviews mit Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren geführt. Die Themen der Interviews waren Fluchtmotivation, Fluchtablauf und Ankunftserfahrungen, die Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem, die sozialen Beziehungen der Jugendlichen, ihre Freizeitgestaltung, ihre Bleibeabsichten, ihre psychische Gesundheit sowie ihr Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Einige Themen orientierten sich am Interviewleitfaden der DJI-Studie „Unbegleitete und begleitete geflüchtete Jugendliche – Lebenslagen und Integrationsprozesse aus der Perspektive junger Geflüchteter“ (Lechner/Huber 2017). Zusätzlich wurden in den Interviews standardisierte Fragen mit vorgegebenen Antwortformaten zu bestimmten Themen des Interviewleitfadens gestellt, um einen Vergleich mit anderen Daten zu ermöglichen. Ein Interview dauerte im Durchschnitt 63 Minuten. Die Interviews wurden auf Ukrainisch geführt und transkribiert, anschließend ins Deutsche übersetzt und nach der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz/Rädiker 2022) analysiert. Die Kategorien für die Analyse wurden sowohl deduktiv ausgehend von der Konzeption des Interviewleitfadens als auch induktiv aus dem Interviewmaterial gebildet. Die Kodierung und Analyse der Interviews erfolgte mithilfe der Software MAXQDA.

Um Jugendliche aus möglichst unterschiedlichen Lebenslagen zu erreichen, wurden mehrere Feldzugänge genutzt, wie Willkommensklassen an verschiedenen Schulen, Kontakte von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Wohnheime für Jugendliche und Jugendzentren. Die Interviewten erhielten als Anreiz für die Teilnahme einen Geschenkgutschein in Höhe von 30 Euro. Die Jugendlichen, die erreicht wurden, kommen aus München oder dem Münchener Umland. Die Geschlechterverteilung ist ausgeglichen, genauso wie die Altersverteilung (siehe Tab. 1). Der Großteil der interviewten Jugendlichen besucht derzeit noch eine weiterführende Schule, 6 der Teilnehmenden sind nicht mehr schulpflichtig und besuchen andere (Aus)Bildungseinrichtungen. 3 von 9 Jugendlichen, die an eine Mittelschule gehen, besuchen zusätzlich einzelne Schulunterrichtsstunden einer Realschule. Dies soll dazu dienen, dass diese Jugendlichen eine begabungsgerechtere Förderung erhalten.

Tab. 1: Stichprobenbeschreibung der Studie „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“

| | N |
|------------------------------|----|
| Männlich | 11 |
| Weiblich | 14 |
| 12–13 Jahre | 9 |
| 14–16 Jahre | 10 |
| 17–18 Jahre | 6 |
| Gymnasium | 10 |
| Mittelschule | 9* |
| Andere Bildungseinrichtung** | 6 |

Quelle: Studie „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“, n=25
 Anmerkungen: * Drei Jugendliche besuchen zusätzlich eine Realschule; ** Bspw.: Studienkolleg, Gaststudium, Ausbildung, Integrationskurse

Die einzelnen Methoden, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden, fasst der Methodensteckbrief in Anhang 1 zusammen.

4.3 Ergebnisse

Dieser Ergebnisbericht fokussiert sich auf vier zentrale Themen der Interviews mit den Jugendlichen. Im ersten Teil werden die Flucht- und Ankunftserfahrungen der Jugendlichen thematisiert. Das zweite Thema nimmt die Erfahrungen der Jugendlichen mit dem deutschen Schulsystem in den Blick. Daraufhin werden die freundschaftlichen und familiären Beziehungen der Jugendlichen beleuchtet. Das letzte Thema beschäftigt sich mit dem psychischen Wohlbefinden der Jugendlichen und ihrem Umgang mit Belastungen und Problemen. Die nachfolgenden Zitate der Jugendlichen wurden teilweise sprachlich geglättet und es werden anonymisierte Namen verwendet.

4.3.1 Flucht und Ankunft

„Wir wollten einfach nur überleben und sicherstellen, dass alles in Ordnung ist und [wir] zumindest am Leben bleiben.“

Veronika, 13 Jahre

Wie Veronika wurden viele der Jugendlichen durch die direkte Gefahr des Krieges zur Flucht gedrängt. Flugzeugabstürze in der unmittelbaren Nachbarschaft, niedergebrannte und eingestürzte Wohnhäuser und Explosionen in nächster Nähe wurden von den Jugendlichen als Antwort auf die Frage geschildert, welche Umstände sie zur Flucht bewegten. Neben der konkreten Gefahr für Leib und Leben hatte der Beschuss ihrer Wohnorte auch die Zerstörung der Infrastruktur zur Folge. So wurde von einem Mangel an Lebensmitteln und medizinischer Versorgung berichtet. Sorge bezüglich der wirtschaftlich instabilen Lage sowie Nachrichten und Gerüchte über das weitere Kriegsgeschehen führten zu großer Unsicherheit bei den Jugendlichen. Der 17-jährige Ilya war zunächst verunsichert, ob die Flucht überhaupt für ihn möglich sei, doch als er mitbekam wie seine Freundinnen und Freunde abreisten, entschloss er sich ebenfalls dazu. Wie Ilya haben sich viele an ihren Mitmenschen orientiert. Sie schlossen sich Fluchtbewegungen in ihrem Heimatort an oder nutzten die offizielle Evakuierung des Ortes.

Die Mehrheit der Jugendlichen flüchtete gemeinsam mit der Mutter aus der Ukraine. Neben den Müttern und Geschwistern waren auch Tanten, Cousins und Cousinen häufige Reisebegleiter:innen, gefolgt von Großmüttern. Einige Familienmitglieder kehrten bis zum Zeitpunkt der Interviews wieder in die Ukraine zurück. Darunter vereinzelt auch Mütter von älteren Jugendlichen. Abgesehen von zwei Ausnahmen verließen alle Befragten die Ukraine innerhalb eines Monats nach Kriegsbeginn, die Hälfte sogar innerhalb der ersten Woche. Als Fluchtdauer wurden Zeiträume zwischen einem Tag und zwei Monaten angegeben, wobei etwa die Hälfte der Jugendlichen innerhalb einer Woche in München ankam. Diese große Spannweite deutet auf sehr unterschiedliche Fluchtabläufe hin. Besonders lange Zeiträume sind auf die zwischenzeitliche Unterkunft bei Bekannten in Drittländern zurückzuführen.

Der Ablauf der Flucht hing auch zu großen Teilen von der Wahl des Verkehrsmittels ab. Diejenigen, die sich für das Auto entschieden, berichteten von sehr langen Wartezeiten (bis zu 30 Stunden) beim Grenzübergang. Die Flüchtenden waren stark von der Situation auf den Straßen abhängig. So wurde die Weiterfahrt teilweise gefährdet oder verlangte nach großen Umwegen, wenn umkämpfte Gebiete durchquert werden mussten. Auch die Situation an den Bahnhöfen war sehr unübersichtlich. Es wurde von überfüllten Zügen berichtet, die oft nicht genug Sitzplätze für alle Reisenden bieten konnten. Auch war die Reise mit dem Zug ebenfalls mit langen Verzögerungen und Wartezeiten verbunden. Busse wurden häufig für organisierte Evakuierungen eingesetzt. Doch auch sie waren abhängig vom Straßenverkehr und mussten lange an der Grenze warten. Zudem bestand bei der Flucht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln die Gefahr, einander zu verlieren:

„Alle stiegen in den Bus ein, außer meine Mutter. Es waren so viele Leute da, es war ein Gedränge. [...] Die Türen waren bereits geschlossen und ich stand von meinem Sitz auf, fing an zu schreien und zu weinen, genauso wie meine Mutter. [...] Sie öffnete irgendwie die Tür und kam Gott sei Dank noch rein.“

Veronika, 13 Jahre

Der am häufigsten genannte Grund für die Wahl Deutschlands, bzw. Münchens, als Fluchtziel waren bereits hier lebende Freundinnen und Freunde sowie Verwandte. Diese konnten den Ankommenden eine erste Unterkunft bieten oder durch ihre Deutschkenntnisse bei der Koordinierung der Ankunft behilflich sein. Auch die

Aussicht auf gute Bildungschancen und eine stabile wirtschaftliche Lage wurden als Motivation genannt, nach Deutschland einzureisen. Ein Studium in Deutschland stand bei vielen der Befragten hoch im Kurs. Einige wählten das Ziel eher per Zufall aus, wie die Familie von Kateryna (14 Jahre). Sie standen in Ungarn am Bahnhof und wählten den Zug, der als nächstes das Land verließ. Vereinzelt gab es bereits vor Beginn des Krieges eine persönliche Vorliebe für Deutschland.

Bei der Ankunft in Deutschland kamen 10 der 25 Befragten in einer Flüchtlingsunterkunft an. Den meisten bot dies die Möglichkeit, ohne übermäßigen Zeitdruck eine mittel- bis langfristige Unterkunft wie eine Gastfamilie oder eine eigene gemietete Wohnung zu finden, deren Mietkosten vom Jobcenter übernommen wurden. Circa ein Drittel der Einreisenden kam zuerst bei Freundinnen bzw. Freunden oder Verwandten unter. Wenige fanden direkt eine deutsche Gastfamilie, die sie aufnahm. Einige kamen bereits zu Beginn in einer eigens gemieteten Wohnung unter oder suchten sich ein Hotelzimmer. Geflüchtete, die mit Hilfe des Jobcenters eine Wohnung mieten, müssen sich am wenigsten Sorgen um einen weiteren unfreiwilligen Wohnortswechsel machen. Denn so sind sie unabhängig von ihren Gastgeberinnen und Gastgebern in einer Gastfamilie, von Freundinnen bzw. Freunden und Verwandten sowie deren Kapazitäten, sie weiterhin zu beherbergen. Die Mehrheit der Befragten war mit der zum Zeitpunkt der Befragung aktuellen Wohnsituation zufrieden. 21 der 25 Jugendlichen bewerteten die Unterkunft als gut bzw. sehr gut.

4.3.2 Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem

Ein zentrales Thema der Interviews mit den Jugendlichen war ihre Erfahrung mit dem deutschen Schulsystem. In Bayern sollen im Schuljahr 2022/2023 schulpflichtige Geflüchtete aus der Ukraine ab der 5ten Klasse in sogenannten „Brückenklassen“ unterrichtet werden. Der Unterricht der Brückenklassen soll sich nicht zwischen den verschiedenen Schulformen in Bayern (Mittelschule, Realschule, Gymnasium) unterscheiden, sondern darauf abzielen, allen Schülerinnen und Schülern schnell die deutsche Sprache beizubringen, um sie anschließend begabungsgerecht in Regelklassen zu unterrichten. Da die befragten Jugendlichen in München und der Umgebung zur Schule gehen, beziehen sich ihre Aussagen zur Organisation des Schulunterrichts hauptsächlich auf das bayrische Schulsystem und das dortige Konzept der Brückenklasse. Fast alle befragten Jugendlichen berichten, dass in ihrer Brückenklasse eine Lehrkraft vorhanden ist, die Ukrainisch oder Russisch spricht. Dies hilft den Schülerinnen und Schülern beim Erlernen der Sprache, da Unklarheiten z. B. bei der Grammatik leicht auf Ukrainisch erklärt werden können. In der Regel findet der Deutschunterricht in der gesamten Klassenkonstellation statt, was manche Jugendliche als Problem betrachten. Aufgrund der großen Alterspanne kann es schwierig sein, ein Lerntempo zu bestimmen, welches für die älteren wie auch die jüngeren Schülerinnen und Schüler angemessen ist. So ging es der 17-jährigen Tatjana, die eine Brückenklasse mit Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren besuchte:

„Aber wegen des unterschiedlichen Alters der Kinder und jeder hat ein anderes Wissen, war es ein bisschen schwierig in der Klasse. Das heißt, jemand bewegt sich schneller, jemand merkt sich etwas sehr langsam, jemand ist noch sehr klein – will

spielen. [...] Und ich denke auch, dass wahrscheinlich zu viel Aufmerksamkeit auf unterhaltsamere Lektionen gelegt wurde. Ich meine, der Unterricht fand in Form von Spielen statt. Es ist also gut für jüngere Kinder geeignet. Aber wenn jemand anschließend studieren möchte, dann passt das nicht.“

Tatjana, 17 Jahre

Für Tatjana hat der Unterricht in der Brückenklasse sie nicht ausreichend gefördert und für ihre berufliche Bildung in Deutschland vorbereitet. So ist es nicht verwunderlich, dass sich auch einige der anderen Jugendlichen beklagen, dass der Deutschunterricht zu langsam vorangehe. Diese Jugendlichen betonen, dass sie eher vom Besuch der Regelklasse profitieren, da sie sich die Sprache aus der Interaktion mit den anderen Jugendlichen aneignen. Tatsächlich gibt es innerhalb der Stichprobe Unterschiede, welches Sprachniveau die Schülerinnen und Schüler in der Brückenklasse erreicht haben. In einer Klasse wird seit Anfang des Jahres 2022 das Niveau A1 gelernt und wiederholt, während in einer anderen Schule die Jugendlichen in der Brückenklasse das B1-Niveau erlangt haben.

Neben der Deutschförderung sollen die Schülerinnen und Schüler der Brückenklassen in Englisch und Mathematik unterrichtet werden. Hierfür wird üblicherweise die Klasse in jüngere und ältere Kinder und Jugendliche aufgeteilt. Allerdings wird auch von anderen Aufteilungen nach Kompetenzständen der Jugendlichen berichtet. So besuchen manche Schulkinder für die Fächer Englisch und Mathematik die Regelklassen. Dies kann durchaus erfolgreich funktionieren, allerdings bedarf es zusätzlicher Anstrengungen der Lehrkräfte, die sich zum Beispiel extra Zeit nehmen, den Jugendlichen bestimmte Aufgaben zu erklären, oder schon im Voraus die Matheaufgaben ins Ukrainische übersetzen und an die Jugendlichen verteilen. In anderen Klassen wurde von zusätzlichen Lehrkräften berichtet, welche die Regelklasse begleiten, um die ukrainischen Jugendlichen zu unterstützen. Eine Schülerin schildert, wie die Lehrkräfte sich darum bemühen, den ukrainischen Jugendlichen in der Regelklasse den Schulstoff zu vermitteln:

„Und deutsche Lehrer, natürlich, sie sprechen nicht Ukrainisch, aber wenn etwas nicht klar ist, weil wir die Worte nicht wissen, zum Beispiel in Mathematik, er versucht es in anderen Worten zu erklären, oder etwas zu zeichnen oder zu beschreiben. Ab und zu sagt er es auch auf Englisch.“

Olena, 15 Jahre

Neben der deutschen Schule, welche die Jugendlichen durchschnittlich vier bis fünf Stunden am Tag besuchen, führen alle Befragten ihre ukrainische Schulausbildung in Distanz fort. Hierbei gibt es jedoch Unterschiede, in welcher Form der ukrainische Schulunterricht fortgeführt wird (Videounterricht, asynchrone Lerneinheiten, selbstorganisiertes Lernen) und in welchem Umfang sie die Unterrichtseinheiten vor- und nachbereiten. So gibt es Jugendliche, die bis zu vier Stunden am Tag den Schulstoff der ukrainischen Schule erarbeiten, andere haben zusätzliche Nachhilfelehrkräfte für die ukrainischen Fächer und einer der Befragten berichtet von Unterricht über Zoom, der sogar am Samstag stattfindet. So ist es verständlich, dass viele Jugendliche belastet sind durch diese doppelte Beschulungssituation. Entlastend in dieser Situation ist ein Verständnis der deutschen und ukrainischen Lehrkräfte, welche Abgabefristen für die Jugendlichen lockern oder auch das Schulende flexibler gestalten, wenn die Jugendlichen früher gehen müssen, um ihren Videounterricht

nicht zu verpassen. Bei der Frage zur Bewertung der Schwierigkeit der Schule schätzen die meisten Jugendlichen diese im mittleren Bereich ein. Dass die Schwierigkeiten nicht noch höher eingestuft werden, zeigt die hohe Leistungsbereitschaft der Jugendlichen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Teilnahme an beiden Schulsystemen durchaus anspruchsvoll ist. Andere Jugendliche begründen die Bewertung damit, dass das Erlernen der deutschen Sprache für sie sehr anstrengend ist.

Die allgemeine Zufriedenheit mit der Schule liegt im oberen bis mittleren Bereich. Einen großen Beitrag zur positiven Bewertung der Schule im Allgemeinen leistet die Lehrkraft. Der Großteil der Jugendlichen spricht sehr positiv über die ukrainischen Klassenlehrkräfte, aber auch über andere Lehrkräfte an der Schule. Viele betonen deren Fähigkeiten, den Unterricht verständlich zu leiten und bei Fragen sofort Unterstützung anzubieten. Die Jugendlichen schätzen insbesondere die persönliche und freundliche Kommunikation auf Augenhöhe. Wenn sich die Lehrkräfte auch nach ihrem psychischen Wohlergehen erkunden, fühlen sich die Jugendlichen ernst genommen und eingebunden. Für Maria (16 Jahre), die unbegleitet nach Deutschland gekommen ist, sind die Nachfragen der Lehrkräfte nach ihrem Wohlbefinden und danach, wie die anderen Mitschülerinnen und Mitschüler sie behandeln, willkommene Aufmerksamkeiten.

In den Interviews konnte man durchaus ein Bemühen der Lehrkräfte wahrnehmen, welches über den Schulunterricht hinausgeht. Weitere schulische Maßnahmen, wie gemeinsame Frühstücke mit den ukrainischen Jugendlichen, Willkommensschilder im Schulgebäude und in Klassenzimmern, Schulführungen und Vorstellung der Kinder durch die Schulleitung, tragen zur Zufriedenheit mit der Schule bei, sind aber auch allgemein dem Wohlbefinden der Kinder sowie einer positiven Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft zuträglich. Haben die Befragten jedoch das Gefühl, die Lehrkräfte interessieren sich nicht für sie, geht dies mit einer geringeren Zufriedenheit mit der Schule und mit einem geringeren Wohlbefinden einher. Tatsächlich erzählen einige wenige Jugendliche von Lehrkräften der Brückenklasse, welche sich scheinbar nicht bemühen, den Schulstoff voranzutreiben, oder von Lehrkräften der Regelklassen, die nicht versuchen, die ukrainischen Jugendlichen am Unterrichtsgeschehen teilhaben zu lassen, sondern diese eher ignorieren. Hier zeigt sich, dass das persönliche Engagement der Lehrkraft eine wichtige Rolle dabei spielt, wie gut das Kind schulisch vorankommt und wie wohl es sich an der Schule fühlt.

Um ihren Unterrichtsplan abzurunden, besuchen die ukrainischen Jugendlichen einzeln Schulfächer in den Regelklassen, wo sie auch mit anderen Mitschülerinnen und Mitschülern außerhalb der Brückenklasse in Kontakt kommen. Für diese Schulfächer, wie Chemie, Biologie oder Werken, werden die Befragten allerdings für jedes Fach unterschiedlichen Schulklassen zugeordnet, teilweise auch in höhere oder niedrigere Klassenstufen. Durch den dadurch teilweise wöchentlichen Wechsel der Klassen und Fächer ist es für die ukrainischen Jugendlichen schwierig, sich in die Klassengemeinschaft einzugliedern. Für die Jugendlichen kann die Trennung von Brückenklasse und Regelklasse an sich schon hinderlich für die Integration sein, die Durchmischung innerhalb der Regelklassen erschwert dies noch zusätzlich.

Vereinzelt berichten die Jugendlichen auch von Schulen, welche alle ukrainischen Jugendlichen einer festen Regelklasse zuordnen, was von den Jugendlichen als sehr positiv bewertet wird. So ist es bei Svetlana (12 Jahre), die sich in „die deutsche Klasse eingebunden und integriert“ fühlt. Im Gegensatz dazu berichten aber auch einige Jugendliche von negativen Erfahrungen mit Gleichaltrigen aus den Regelklassen. Sie sprechen von Diskriminierungserfahrungen und Mobbing in Form von Beleidigungen, Verspottungen, bis hin zu einem Fall von gezielter körperlicher Gewalt gegen einen ukrainischen Jugendlichen. Es fällt auf, dass Befragte, welche die Mittelschule besuchen, häufiger von solchen Vorfällen berichten als die Jugendlichen des Gymnasiums.

Im Gegensatz zu den wechselnden Regelklassen bleiben die Kinder in der Brückenklasse in einem einheitlichen Klassenkonstrukt. Für viele bietet diese Gemeinschaft mit anderen ukrainischen Jugendlichen die Möglichkeit, in ihrer Muttersprache miteinander zu kommunizieren, und löst das Gefühl von Geborgenheit aus. Dennoch bergen die unterschiedlichen Altersstufen der Jugendlichen innerhalb der Brückenklasse ein gewisses Konfliktpotential. Vereinzelt ist es für die Jugendlichen schwer, hier gleichaltrige Freundinnen oder Freunde zu finden. Davon abgesehen bietet die Brückenklasse ideale Anknüpfungspunkte für die Jugendlichen, um erste Freundschaften in Deutschland zu schließen.

4.3.3 Freundschaften und Familienbeziehungen

Wie soeben dargelegt, schließen die meisten geflüchteten Jugendlichen neue Freundschaften in den Brückenklassen, mit anderen, die ebenfalls aus der Ukraine geflüchtet sind. Deutlich weniger Freundschaften entstehen zu Schülerinnen und Schülern aus der Regelklasse oder außerhalb der Schule. Die Brückenklassen eignen sich besonders gut, um neue Freundschaften zu knüpfen, da die Jugendlichen hier regelmäßig mit den gleichen Mitschülerinnen und Mitschülern zusammenkommen. In den Regelklassen, die üblicherweise für die ukrainischen Jugendlichen regelmäßig gewechselt werden, fällt es entsprechend schwerer, Kontakt aufzubauen, zumal hier die Sprachbarriere als Hürde hinzukommt. Innerhalb der Brückenklassen sprechen alle Jugendlichen Ukrainisch oder Russisch und können sich so ohne Schwierigkeiten verständigen. Zudem befinden sich alle Schülerinnen und Schüler in ähnlichen Situationen, können einander deshalb besser verstehen, sich gegenseitig beistehen und beispielsweise beim Lernen helfen. Die Interviews zeigen, dass gerade gegenseitige Unterstützung eine gute Möglichkeit bietet, um in Kontakt zu kommen und sich kennenzulernen. In den Regelklassen fallen Jugendliche besonders auf, die neben Deutsch auch Russisch oder Ukrainisch sprechen. Sie können den Geflüchteten am besten dabei helfen, sich im deutschen Schulsystem zurechtzufinden. Aber auch deutsche Jugendliche, die keine entsprechenden Sprachkenntnisse aufweisen, können zu wichtigen Ansprechpartnern werden.

„Wenn wir im Deutschunterricht sind, helfen die Mädchen. Es macht mich glücklich, wenn sie versuchen, etwas zu sagen oder zu erklären.“

Emilia, 15 Jahre

Allein die Erkenntnis, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler ihre Hilfe anbieten, die Neuen willkommen heißen und Interesse an ihnen bekunden, führt zu

einer Annäherung. Der Erfolg der Erklärungsversuche ist dabei eher zweitrangig. Wichtig ist die Möglichkeit, Berührungsängste zu überwinden und miteinander in Kontakt zu treten. So berichtet Maria (16 Jahre) von Schwierigkeiten mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern, die anfänglich nicht mit ihr sprechen wollten, wodurch Maria sich ausgeschlossen und verunsichert fühlte.

„Vielleicht hatten sie Angst, mit mir zu sprechen. [...] Aber jetzt ist alles in Ordnung. Jetzt kommunizieren sie gut mit mir. Sie hatten Angst, vielleicht etwas Falsches zu sagen.“

Maria, 16 Jahre

Das Knüpfen neuer Kontakte in der Schule und die Erfahrung von Unterstützung können nicht nur Grundlage für einzelne Freundschaften sein, sondern prägen auch das Bild der deutschen Gesellschaft positiv und steigern so das Wohlbefinden der Jugendlichen in ihrem neuen Aufenthaltsort. Die Schule ist somit gleichzeitig ein wichtiger Ort, der Integration fördern kann. Neben der Schule werden Freundschaften häufig in Gastfamilien oder bei Freizeitbeschäftigungen wie beispielsweise in Sportvereinen geknüpft. Mitbewohner:innen in der Studierendenunterkunft oder Mitstudierende sind für die Älteren wichtige Ansprechpartner. Einzelne Freundschaften haben sich auch auf der gemeinsamen Flucht entwickelt.

Diese neuen Freundschaften sind zum Zeitpunkt der Erhebung für die meisten Jugendlichen kein ausreichender Ersatz für die alten Freundschaften aus der Ukraine. Denn Freundschaft braucht Zeit. Dies erkennt man auch an der Wortwahl der Jugendlichen, die häufig explizit zwischen „Bekanntem“ und „Freunden“ differenzieren. Zwar gibt über die Hälfte der Jugendlichen an, sie seien zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Freundeskreis, jedoch ist auch ein Viertel der Interviewten nicht oder überhaupt nicht zufrieden. Ein Grund für diese Unzufriedenheit ist die räumliche Entfernung zu den etablierten Freundschaften aus der Ukraine. Viele Befragten geben an, diese Freundinnen und Freunde sehr zu vermissen. Insbesondere Freundschaften, die auf gemeinsamen Aktivitäten wie Spaziergängen oder dem Herumalbern auf dem Pausenhof basierten, leiden stark unter der weiten Distanz. Auf die Frage, ob sich ihr Verhältnis zu den Freundinnen und Freunden aus der Ukraine verändert hat, antwortet Zoriana:

„Sicher, weil wir uns nicht jeden Tag sehen, wir teilen miteinander unsere Insider-Witze schon nicht mehr wie früher. Ich meine, wir haben nicht mehr gemeinsame Themen, über die man zusammen lachen kann. [...] Ja, wir haben uns verändert, wir haben angefangen, viel weniger zu kommunizieren, weil die Mädchen auch in der Schule lernen und viel zu tun haben. Die haben auch was zu tun.“

Zoriana, 13 Jahre

Außerdem wird aus Zorianas Aussage deutlich, dass die unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen den gemeinsamen Kontakt erschweren. Die meisten Interviewten haben durch den Besuch sowohl der deutschen als auch der ukrainischen Schule sowie durch das Erlernen der deutschen Sprache eine sehr hohe Arbeitsbelastung zu stemmen. Ihnen bleibt nicht viel Zeit übrig, die sie in die Aufrechterhaltung der Freundschaften investieren können. Gleichzeitig befinden sich auch die alten Freundinnen und Freunde in entsprechend schwierigen Umständen. Viele von ihnen sind ihrerseits geflohen. Die Freundeskreise sind nun teilweise auf mehrere

Länder oder Kontinente verteilt. Da jeder vor Ort versucht, neue Kontakte zu knüpfen und Fuß zu fassen, verlieren alte Freundschaften oftmals an Relevanz. Wer nicht geflohen ist, befindet sich noch im Kriegsgebiet. So berichtet Larissa (13 Jahre), ihre Freunde hätten keine Möglichkeit mehr, ihr zu schreiben, denn „ihre Situation [sei] sehr schlecht“. Es ist den Freundinnen und Freunden aufgrund ihrer Notlage teilweise unmöglich, sich weiter um Freundschaften zu kümmern. Dazu erschweren auch verschiedene technische Komplikationen bei der Kontaktaufnahme mit den Freundinnen und Freunden in der Ukraine die Situation. So berichten die Jugendlichen von regelmäßigen Strom- und Internetausfällen auf der ukrainischen Seite. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass viele Jugendliche berichten, ihre Freundschaften aus der Ukraine schwächen sich ab. Andererseits gibt es auch Freundschaften, die sich durch die Situation intensivieren. Die Sorge umeinander führt zu häufigen Kontrollanrufen, wodurch sehr regelmäßiger Kontakt aufrechterhalten wird. Zudem erzählten viele der Interviewten, wie sie mit ihren Freundinnen und Freunden aus der Ukraine das Erlebte besprechen und aufarbeiten, wodurch ihre emotionale Verbindung gestärkt wird. Hierbei zeigt sich, dass für viele der Jugendlichen ihre Freundinnen und Freunde wichtige Ansprechpartner sind, um emotionale Belastungen zu verarbeiten. Die meisten Jugendlichen geben an, täglich mit ihren Freundinnen und Freunden in Kontakt zu stehen. Kein einziger gibt an, den Kontakt zu allen Freundschaften aus der Ukraine verloren zu haben.

Auch der Kontakt zu der in der Ukraine zurückgebliebenen Familie wird von den Jugendlichen gepflegt. Etwa die Hälfte der Befragten hält zu mindestens einem der Verwandten in der Ukraine fast täglich Kontakt. Viele geben zudem an, es gäbe ein oder mehrere Familienmitglieder, die sie mindestens einmal pro Woche kontaktieren. Die Hürden, die sich bei der Aufrechterhaltung des Kontakts ergeben, gleichen ebenfalls denen der Freundschaften. Technische Probleme sowie Schwierigkeiten im Zeitmanagement stellen oft eine Herausforderung dar. Doch für viele Jugendliche sind die Familienangehörigen in der Ukraine dennoch weiterhin wichtige Bezugspersonen. Auch über die weite Entfernung nehmen die Eltern eine wichtige Ratgeberrolle ein. Besonders der Vater, der in der Ukraine zurückgeblieben ist, spielt für viele Jugendliche eine wichtige Rolle und wird vermisst. Valentyna (13 Jahre) erzählt, sie wolle zwar unbedingt in die Ukraine zurückkehren, wäre allerdings ihr Vater hier in Deutschland, könne sie sich auch vorstellen hier zu bleiben. Viele der Jugendlichen machen sich große Sorgen um ihre Familie in der Ukraine. Sie verfolgen die Kampfhandlungen in den Nachrichten. Regelmäßiger Kontakt ist ihnen wichtig, um sich vom Wohlbefinden der Familie überzeugen zu können. Im Laufe der Zeit nahm diese Sorge um die Verwandten tendenziell zu. Einige Jugendliche versuchten deshalb, ihre Angehörigen ebenfalls zur Flucht zu überreden oder vom Zurückkehren in die Ukraine abzuhalten.

Die Familienmitglieder, die die Jugendlichen auf der Flucht begleitet haben, nehmen eine besonders wichtige Rolle für die Jugendlichen ein. Die meisten Jugendlichen nennen ihre Mutter als eine der wichtigsten Bezugspersonen vor Ort, dicht gefolgt von den Geschwistern. Viele der Befragten gestalten aktiv ihre Freizeit mit ihrer Familie. Spaziergänge mit der Mutter, Computerspiele und draußen spielen mit Brüdern und Neffen, Brettspiele mit Tante und Cousinen und Tagesausflüge werden

genannt. Die Familienangehörigen sind für die Jugendlichen wichtige Ansprechpartner:innen, wenn sie Probleme haben. Auch hier verbindet die gegenseitige Unterstützung. Für Zoriana ist ihre Mutter deshalb die wichtigste Person vor Ort.

„Denn sie ist bei mir, sie unterstützt mich immer, wenn ich das brauche und umgekehrt. Sie sagt mir immer, dass ich alles gut mache, sie unterstützt mich. Und ich unterstütze sie, also ja, die wichtigste Person für mich ist meine Mutter. [...] Sie kann mir zum Beispiel Geld für eine Woche geben, dann kaufe ich nichts für mich, dann kaufe ich etwas Schönes meiner Mutter, und ich kann ihr etwas schenken, um sie glücklich machen, nicht nur mich. Wir haben diesen Austausch von Geschenken.“

Zoriana, 13 Jahre

Auch im Alltag unterstützen sich die Familienangehörigen gegenseitig. So erzählt beispielsweise Christina (17 Jahre), wie sie, die besser deutsch spricht, und ihre Mutter, die mehr Erfahrung mit Bürokratie mitbringt, gemeinsam bürokratische Herausforderungen bewältigten. Die Fluchtsituation ist für die Jugendlichen mit großen Unsicherheiten verbunden. Angesichts dieser Umstände ist es nicht überraschend, dass die enge Verbindung zur Mutter auch in einem Alter, das für Ablösungsprozesse typisch ist, aufrechterhalten wird. Besonders wichtig sind vielen Jugendlichen auch ihre Haustiere. Mussten diese zurückgelassen werden, werden sie schmerzlich vermisst. Konnten sie jedoch mitgebracht werden, nehmen sie eine wichtige Rolle als Compagnon der Jugendlichen ein und werden in einigen Fällen mit als wichtigste Bezugsperson vor Ort genannt.

4.3.4 Psychisches Wohlbefinden

Auf die Frage nach der Gefühlslage bei der Ankunft in Deutschland zeigen sich große emotionale Ambivalenzen bei der Mehrheit der Jugendlichen. Einerseits sind sie sehr glücklich und erleichtert, in Sicherheit zu sein und keine Raketenangriffe mehr befürchten zu müssen. Die, die zu ihren Verwandten geflohen sind, freuen sich über das Wiedersehen. Gleichzeitig haben die Jugendlichen große Angst um ihre zurückgebliebene Familie sowie Freundinnen und Freunde in der Ukraine. Andere wie Kateryna (14 Jahre) sind wiederum von der überstürzten Flucht noch sehr gestresst oder sogar in einem Schockzustand, sodass sie bei der Ankunft immer noch nicht begreifen können, was gerade um sie herum passiert. Häufig erzählen die Jugendlichen davon, wie unwohl sie sich fühlten, die Sprache nicht sprechen zu können und die Umgebung und Gewohnheiten nicht zu kennen. Das verstärkte bei einigen das Gefühl, fremd zu sein. Bei den meisten Jugendlichen änderte sich dies mit der Zeit und sie gaben auf die Frage nach ihrer aktuellen Gefühlslage deutlich positivere Antworten. Mit dem Erlernen der Sprache und durch das Schließen neuer Freundschaften fühlen sie sich wohler. Der Großteil gibt an, sich inzwischen an das neue Leben in Deutschland gewöhnt zu haben. Vereinzelt wird sogar die Aussage getroffen, Deutschland werde nun als zweite Heimat betrachtet. Trotzdem gibt es auch Jugendliche, die sehr gerne in die Ukraine zurückkehren möchten. Ihr Heimweh und ihre Sorgen verstärken sich mit der Zeit. Dennoch gibt die Mehrheit der Jugendlichen an, zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Leben in Deutschland zu sein.

Die Angst um Zurückgebliebene und um die Heimat sind die primären Sorgen der Jugendlichen. Der Krieg belastet sie nicht nur durch die konkreten Kampfhandlungen im Kriegsgebiet, denen sie durch die Flucht entkommen konnten. Vielmehr zerstört er die Beziehungen zu Familienangehörigen und Freundinnen und Freunden, welche von den Jugendlichen immer noch schmerzlich vermisst werden. Der 15-jährige Nazar erinnert sich an die Zeit mit seinen Freundinnen und Freunden in der Ukraine. Wenn er die Fotogalerie in seinem Handy durchsieht, kommen ihm dabei grübelnde Gedanken:

„Ja, das sind irgendwie unnötige Gedanken. Ich hatte sie immer nachts, aber jetzt sind es mehr, weil es mehr Probleme gibt, aber auch jetzt bin ich vor den Leuten immer fröhlich, in der Schule. Aber zu Hause, ob ich mit Freunden zusammen bin oder allein, oder wenn ich schlafen gehen möchte, ich vermisse meine Freunde.“

Nazar, 15 Jahre

Doch auch die Erlebnisse des Kriegs haben die Jugendlichen verändert und beschäftigen sie bis zum heutigen Tag. Geräusche wie lautes Türknallen oder Flugzeuge am Himmel lösen bei einigen emotionale und körperliche Stressreaktionen aus, welche Anzeichen auf Posttraumatische Belastungsstörungen sein können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass bei diesen Interviews hauptsächlich Jugendliche erreicht wurden, welche zu einem relativ frühen Zeitpunkt des Krieges geflohen sind. Obwohl sie nur eine kurze Zeit dem Kriegsgeschehen ausgesetzt waren, sind bereits deutliche Einbußen im Wohlbefinden zu verzeichnen. Wie es Jugendlichen geht, die längere Zeit in der Ukraine verbracht haben, muss an dieser Stelle offenbleiben. Es ist zu vermuten, dass noch stärkere Beeinträchtigungen und Belastungen zu beobachten sind.

Um mit diesen Belastungen umzugehen, stehen den Jugendlichen verschiedene Bewältigungsstrategien offen. Häufig werden mehrere Ansätze genutzt. Eine Möglichkeit, die genannt wurde, um mit Sorgen und Belastungen umzugehen, ist mit Freundinnen und Freunden oder der Familie zu sprechen. Dieser Austausch dient mehreren Zwecken. Zum einen können sich die Befragten so versichern, dass es den Verwandten gut geht und sie, soweit möglich, in Sicherheit sind. Zum anderen sind Freundinnen, Freunde und Eltern eine wichtige Ressource, um mit den Jugendlichen über ihre Sorgen zu sprechen, Erlebnisse im Gespräch zu verarbeiten und sich gegenseitig Trost zu spenden. Außerdem können die Sozialkontakte auch für Ablenkung sorgen und so das Wohlbefinden der Jugendlichen verbessern. Für einen Teil der Jugendlichen stellt die Schule oder ihr Studium eine gute Ablenkung dar. Aleksandra (17 Jahre) erzählt, dass sie sich in die Kurse des Studienkollegs gestürzt habe, um sich so von den Sorgen um ihre Verwandten abzulenken und nicht mehr so oft an den Krieg zu denken. Wie ihr geht es auch anderen Jugendlichen. Die Struktur und der geregelte Tagesablauf, die die Schule oder andere Bildungseinrichtungen bieten, helfen den Interviewten, auf andere Gedanken zu kommen. Viele Jugendliche finden zusätzlich Ablenkung in diversen Hobbys, sportlichen Aktivitäten und anderen Freizeitbeschäftigungen.

„Ich bekomme sehr viel Angst, wenn ich Donner höre, wenn es regnet, weil ich mich sofort an alles erinnere, was in der Ukraine passiert ist, und die Geräusche sind natürlich sehr beängstigend, weil sie sehr ähnlich wie die Schüsse sind. [...] Es kommt vor,

dass ich zum Beispiel etwas Schreckliches geträumt habe, das mit meiner Vergangenheit zu tun hat, na ja, in der Ukraine, und natürlich kann ich nicht zum Beispiel um ein Uhr morgens hingehen und meine Mutter wecken und sagen, dass ich Angst habe. Natürlich kann ich das, aber ich möchte sie nicht stören. In solchen Momenten hilft mir Musik sehr. Es hilft mir, mich zu entspannen.“

Larissa, 13 Jahre

Aus Larissas Aussage wird zum einen deutlich, mit welchen Einschränkungen und Folgen der Kriegserlebnisse die Jugendliche zurechtkommen muss. Zum anderen zeigt die Aussage, auf welche Strategien Larissa zurückgreift, wenn sie das Gefühl hat, gerade selbst mit der Belastung umgehen zu müssen oder zu wollen. Mindestens genauso wichtig wie sich in akuten Stresssituationen durch etwas abzulenken, ist für die Jugendlichen, im Alltag ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu haben, damit sie gar nicht erst in negative Gedankenspiralen kommen. Beispielsweise hat Larissa über die Schule die Möglichkeit bekommen, umsonst Gitarre spielen zu lernen. Miron (18 Jahre) konnte gratis in einem Basketballverein spielen. Andere kulturelle Angebote, wie die Möglichkeit, kostenlos den Botanischen Garten zu besuchen, wurden von mehreren Jugendlichen neben einer gelungenen Freizeitbeschäftigung auch als eine willkommene Geste deutscher Solidarität angesehen. Solche Freizeit- und Beschäftigungsangebote können zu einem Gefühl von Normalität und Stabilität bei den Jugendlichen führen und sind für sie eine mindestens genauso wichtige Ressource wie das Angebot psychologischer Unterstützung. Deshalb ist es wichtig, weiterhin Angebote zu fördern, welche den geflüchteten Jugendlichen die Möglichkeit geben, kostenlos ihren Hobbys nachzugehen oder kulturelle Angebote zu nutzen.

Auf die Fragen, ob den Jugendlichen psychologische Unterstützung angeboten wurde oder ob sie wissen, wie man Zugang zur psychologischen Beratung erhalten kann, gaben sie unterschiedliche Antworten. Ein Teil der Jugendlichen hat hierzu bislang keine Informationen erhalten. Ein anderer Teil erhielt von Lehrkräften oder über die Schule Kontaktnummern zu Psychologen, die ukrainisch sprechen. Unabhängig davon, ob sie Informationen und Zugang zu psychologischen Dienstleistungen haben oder nicht, gaben mehrere Jugendliche in diesem Zusammenhang an, keine professionelle Hilfe zu benötigen. Obwohl nicht explizit danach gefragt wurde, gibt eine der Befragten an, wöchentlich psychologische Hilfe zu erhalten. Ein anderes Mädchen, Larissa (13 Jahre), erzählt, wie ihre Schule den Schülerinnen und Schülern psychologische Unterstützung anbietet. Sie haben eine Psychologin eingestellt, die selbst aus der Ukraine geflüchtet ist, die den Jugendlichen aus der Brückenklasse wöchentlich für eine Stunde zur Verfügung steht. Sie beschreibt dieses wöchentliche Angebot als Schulstunde, in der die Jugendlichen mit ihr sprechen können, wenn es ihnen nicht gut geht. Dieses Beispiel zeigt eine gute Möglichkeit, den Jugendlichen unkompliziert und niederschwellig psychologische Beratung anzubieten, und zeigt, dass die Schule nicht nur ein Ort des Lernens und der Integration ist, sondern auch einen Beitrag zum psychischen Wohlbefinden von geflüchteten Kindern und Jugendlichen leisten kann.

—

5 Zusammenfassung und Fazit

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 sind viele Kinder, Jugendliche und Familien nach Deutschland geflüchtet. Zwar hat Deutschland im Zuge der letzten Flüchtlingsbewegungen viele Erfahrungen gesammelt und ein gutes Hilfesystem aufgebaut. Allerdings ist die aktuelle Situation nicht mit der aus 2015 vergleichbar. Handlungsbedarfe können nicht unverändert übertragen werden, da sich die Zusammensetzung der Geflüchteten und Fluchterfahrungen unterscheiden. Während 2015 insbesondere junge Männer und minderjährige Kinder nach Deutschland kamen, sind es aktuell vor allem Frauen mit Kindern und Jugendlichen. Somit steht Deutschland im Hinblick auf die Flüchtlingsbewegung vor neuen Herausforderungen. Hier setzt das abteilungsübergreifende, multiperspektivisch und multimethodisch arbeitende DJI-Forschungsprojekt „Ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen“, bestehend aus den drei Teilprojekten „Kommunale Unterstützungsstrukturen“, „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“ und „Kitas und ukrainische Mütter mit Kitakindern“, an. Es beschreibt die Situation der Familien, Kinder und Jugendlichen und arbeitet Unterstützungsbedarfe, Gelingensbedingungen und Herausforderungen kommunaler Unterstützungsstrukturen heraus. Dabei betrachtet es neben dem institutionellen Hilfesystem auch die (organisierte) Zivilgesellschaft.

Ukrainische Kinder und Jugendliche bringen mit ihrer Flucht belastende Erfahrungen mit, wie die vorliegenden Ergebnisse aus den Teilprojekten 1 „Kommunale Unterstützungsstrukturen“ und 3 „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“ sehr deutlich zeigen. Daher steht für sie eine Normalisierung des Alltags im Vordergrund. Hierzu zählen eine längerfristige Unterkunft, eine schnelle Integration in die Bildungssysteme wie Kita und Schule, der Aufbau von Freundschaften in Deutschland und die Pflege der Freundschaften in der Ukraine, die Aufnahme von Freizeitaktivitäten sowie der Spracherwerb. Die Kommunen, ihre Verwaltungseinheiten (Bildungskoordination, Migration, Jugend, Gesundheit), die Zivilgesellschaft und Einrichtungen wie Kitas und Schule leisten hierbei wertvolle Arbeit. Sie bieten Sprach-, Gesundheits- und Freizeitangebote, Familienstützpunkte sowie analoge oder digitale Informationsmaterialien an, um bei der Integration in den Alltag zu unterstützen. Dabei helfen verschiedene Ämter und bieten Orientierung, die Zivilgesellschaft organisiert niederschwellige Angebote und die Kitas und Schulen unterstützen bei der Sprachentwicklung und der Integration in den Schulalltag. Entscheidend ist hierbei oftmals eine qualifizierte Begleitung der Kinder und Jugendlichen mit Sprachmittler:innen ebenso wie die Entwicklung fachlicher Kompetenzen in der Schule. Herausforderungen ergeben sich vor allem durch den Fachkräftemangel, fehlende Plätze in Kitas und Bildungsangeboten oder durch zu große Schulklassen.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der einzelnen Teilprojekte wiedergegeben. Abschließend werden in einem kurzen Fazit abgeleitete Handlungsempfehlungen diskutiert. Eine detaillierte Übersicht zu den verwendeten Methoden findet sich im Anhang.

5.1 Teilprojekt 1 Kommunale Unterstützungsstrukturen

Teilprojekt 1 besteht aus drei Modulen. In der qualitativen Studie wurden in vier Bundesländern Interviews mit Leitenden und Mitarbeitenden aus der Bildungskoordination, aus den Migrationsämtern, Jugendämtern und Gesundheitsämtern sowie in einem weiteren Modul mit Vertretungen der organisierten Zivilgesellschaft geführt. In der quantitativen Befragung Jugendhilfe und sozialer Wandel (JHSW) wurden bundesweit Leitungen der Jugendämter befragt.

Kommunale Strukturen leisten einen wesentlichen Beitrag für die Unterstützung und Bildungsintegration von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen. Daneben stellen zivilgesellschaftliche Organisationen Angebote für Geflüchtete bereit und engagierte Bürger:innen bieten Hilfestellungen durch Privatunterbringung sowie über Geld-, Sach- und Zeitspenden. Die folgende Ergebniszusammenfassung erfolgt entlang der Berichtsgliederung.

Der Fachkräftemangel stellt die Kommunalämter nicht zuletzt bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten vor wesentliche Herausforderungen. Für die kommunalen Bildungskoordinationen können hier zivilgesellschaftliche Organisationen und interinstitutionelle Kooperationsbeziehungen einen Beitrag leisten, um kurzfristig fehlende personelle Ressourcen in kommunalen Einrichtungen zu überbrücken und dringend benötigte Angebote bereitzustellen. Dabei können viele Bildungskoordinationen bei der Bedarfsabstimmung mit zahlreichen Netzwerkpartner:innen auf oftmals bereits 2015/16 geschaffene Strukturen zurückgreifen und verweisen dabei u. a. auf Familienstützpunkte, Mehrgenerationenhäuser und mehrsprachige Angebote (wie z. B. die Integreat App, Flyer oder Websites), die die Kommunikation mit der Zielgruppe erleichtern. Trotz der von vielen Interviewten festgestellten Bildungsaffinität der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine ist der Übergang in das deutsche Bildungssystem nicht reibungsfrei. Der Versuch, die Kinder und Jugendlichen möglichst schnell in den Fachunterricht zu integrieren, ist eine Herausforderung, an der weitergearbeitet werden muss, um Bildungsbrüche zu vermeiden. Hierfür bedarf es des weiteren Ausbaus des Bildungssystems mit pädagogischem und psychologischem Personal.

Eine mögliche erste Anlauf- und Orientierungsstelle für Geflüchtete könnten kommunale Migrationsämter darstellen. Diese haben aufgrund ihrer Querschnittsaufgabe einer prozessbegleitenden Integration von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrantinnen und Migranten oftmals eine Scharnierstellung in der kommunalen Verwaltung (u. a. zu Jugendämtern, Schulämtern und Jobcentern), aber auch zu öffentlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Migrationsämter sehen sich insofern als Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten und wollen die Unterstützungslücken schließen, die das Regelsystem für Geflüchtete offenlässt, um Bildung, Qualifizierung und eine Arbeitsmarktintegration ebenso zu ermöglichen wie eine eventuell gewünschte Rückkehrperspektive in das Herkunftsland. Für die Migrationsämter ist der schnelle Spracherwerb der wichtigste Faktor für gelingende Integration. Daneben wird auch der durch den Aufenthaltsstatus oftmals ermöglichte schnelle Zugang der ukrainischen Geflüchteten zum kommunalen Bildungs- und Sozialsystem als integrationsfördernd herausgestellt.

Wie die qualitative Jugendamtsbefragung ergab, konnten auch viele Jugendämter auf ämterübergreifende Steuerungsgruppen aus früheren Fluchtbewegungen aufbauen und an bestehende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder an regionale Integrationsnetzwerke anknüpfen. Zwar wurden in einigen Jugendämtern Koordinationsstellen geschaffen. Die Zusatzbelastung durch die Krisenbewältigung sehen die Interviewten mittelfristig dennoch als Problem für die gewachsenen Strukturen innerhalb der Kommunalverwaltungen. Es zeigen sich weiterhin Hinweise darauf, dass die bedarfsgerechte Planung von Angeboten und hier vor allem die Bereitstellung von Kita-Betreuungsplätzen für Geflüchtete als eine der zentralen Herausforderungen gesehen wird, die gerade Kommunen mit knappen Kapazitäten vor zusätzliche Belastungen stellt.

Die Ergebnisse der bundesweiten Jugendamtsbefragung des Projekts Jugendhilfe und sozialer Wandel (JHSW) zeigen, dass die Jugendämter den zusätzlichen Bedarf an Plätzen in der Kindertagesbetreuung am häufigsten als größte Herausforderung beschreiben. Damit erhöht sich der ohnehin schon bestehende Druck auf die Kinder- und Jugendhilfe, die in den letzten Jahren – insbesondere aufgrund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels – zunehmend an ihre Grenzen stößt. Strategien zur Bewältigung des Fachkräftemangels erhalten durch den Krieg in der Ukraine demnach zusätzliche Bedeutung. Auch wenn die Kindertagesbetreuung mit Abstand am häufigsten genannt wird, zeigen die Daten aber auch, dass die Herausforderungen vielfältig sind und die Kommunen vor unterschiedlichen Ausgangslagen stehen. Zur Bewältigung der durch den Krieg in der Ukraine entstandenen Herausforderungen greifen die kommunalen Jugendämter sowohl auf dafür intern etablierte Verfahren und Strukturen als auch auf Formen der Kooperation mit externen Akteuren (z. B. andere Ämter, freie Träger, Ehrenamtliche) zurück. Des Weiteren zeigt sich, dass in einem Teil der Jugendämter Strukturen zur Arbeit mit Geflüchteten nach 2015 wieder abgebaut wurden.

Die Gesundheitsämter haben bei der schulischen Integration Geflüchteter eine Nadelöhrfunktion und sind vor allem für die Pflichtaufgaben zur Unterstützung bei der Schuleinmündung zuständig. Dabei ist auch hier die sprachliche Vermittlung zentral, die neben Dolmetscher:innen auch Personen der ukrainisch- bzw. russischsprachigen Community in Deutschland übernehmen. Herausfordernd ist die Kumulation bestehender Engpässe in der medizinischen Versorgung und der sowohl aus der Corona-Pandemie als auch dem Ukrainekrieg resultierenden Bedarfe und Kapazitätsprobleme. Auch die unklare Bleibeperspektive erschwert die Entwicklung zielgruppenspezifischer Gesundheitsangebote, da eine Bedarfsplanung nur auf kurze Sicht erfolgen kann. Über die beschriebenen sozialen (z. B. Gastfamilien) und kulturellen Ressourcen hat die Zielgruppe teilweise einen – im Vergleich zu anderen Geflüchtetenengruppen – besseren Zugang zu gesundheitsbezogenen Unterstützungsleistungen.

Die organisierte Zivilgesellschaft stellt niederschwellig zugängliche, oft kostenlose Bildungsangebote zur Verfügung und trägt dazu bei, dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen soziale Kontakte knüpfen, ihre Deutschkenntnisse verbessern sowie die Flucht und den dadurch geprägten Alltag für eine gewisse Zeit hinter sich lassen können. Die Interviewten, einschließlich der Befragten im Gesundheitsbereich, heben übereinstimmend den Mehrwert körperbetonter und künstlerischer

Bildungsangebote hervor, weil sie trotz Sprachbarriere einen Austausch ermöglichen und damit niederschwellig partizipatorisch sind. Das Engagement von Geflüchteten wird als doppelt vorteilhaft beschrieben, weil es deren eigene Integration fördert und sie zudem als Dolmetschende fungieren, sodass auch Kinder und Jugendliche mit Sprachbarrieren Angebote besuchen können.

Die Zivilgesellschaft steht wie auch die kommunale Verwaltung vor der Herausforderung, ihr Engagement in Zeiten von Einsparungen aufgrund von Verteuerungen der Infrastruktur (z. B. Energiekosten) und dem gerade in Vereinen feststellbaren Rückgang von Mitgliedern und Mitgliedsbeiträgen (siehe z. B. DOSB 2022) fortzusetzen. Hierfür ist eine gemeinsame finanzielle Anstrengung notwendig, um die kommunale Infrastruktur, die Unterbringung in Wohnungen und die Unterstützungsstrukturen mit den Bildungsangeboten und den Plätzen in Kitas und Schulen aufrechtzuerhalten und angesichts der auch künftig zu erwartenden Zuwanderung auszubauen. Die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure bemühen sich um die Vermeidung einer Ungleichbehandlung der Geflüchteten, trotz Unterschieden im Aufenthaltsstatus und bei den individuellen Voraussetzungen. Sie öffnen die Angebote auch für die autochthone Bevölkerung, damit sie ein Ort der Begegnung werden. Kommunen sind ein zentraler Ort des alltäglichen Lebens. Trotz knapper Ressourcen erfüllen kommunale Akteure bei den Übergängen in das Bildungssystem eine zentrale Aufgabe und leisten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren über zahlreiche Angebote auch im non-formalen und informellen Bildungsbereich einen entscheidenden Beitrag zur Integration der Geflüchteten.

5.2 Teilprojekt 2 Kitas und ukrainische Mütter mit Kitakindern

Teilprojekt 2 besteht aus zwei quantitativen Befragungen, der Mütterbefragung und der Befragung von Kitaleitungen. In der Mütterbefragung liegt der Fokus auf ukrainischen Müttern mit Kindern von 0 bis 6 Jahren. Mütter mit kleinen Kindern stellen eine besonders vulnerable Gruppe dar, da sie zusätzlich zu den normalen Herausforderungen, die mit einer Flucht und Ankunft in einem neuen Land einhergehen, die Kinderbetreuungsarbeit überwiegend ohne ihren Partner leisten müssen. Hinzu kommen weitere Belastungen, die sich u. a. aus den Fluchterfahrungen, der Sorge um zurückgelassene Familienangehörige und Einsamkeit ergeben können und sich so wiederum negativ auf das psychische Wohlbefinden der Mütter, aber auch der Kinder auswirken können. Deshalb ist es wichtig, diese Zielgruppe in den Blick zu nehmen, ihr Wohlergehen und das ihrer Kinder zu untersuchen und mögliche Bedarfe aufzudecken. Die Zielgruppe der zweiten Befragung sind Leitungen von Kindertageseinrichtungen. Diese stehen aufgrund der neuen Flüchtlingswelle vor der Herausforderung, die geflüchteten Kinder aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen eine individuell geeignete Betreuung anzubieten.

Für den Zugang zu den Kitaleitungen werden bereits bestehende Kontakte aus der EriK-Studie, die ebenfalls am DJI angesiedelt ist, genutzt. Hier liegen bereits strukturelle Informationen zur Kita vor, auf die zurückgegriffen werden kann. Die Kitaleitungen fungieren einerseits als Befragungspersonen selbst und gleichzeitig als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Mütterbefragung, indem sie die Mütter auf die Studie aufmerksam machen. Die Rekrutierung für die Mütterbefragung erfolgt zusätzlich über Jobcenter und Büros der Jugendberufsagentur in der Freien und Hansestadt Hamburg, wo geflüchtete Mütter über Poster und Postkarten über die Studie informiert werden. Einen dritten Zugang bietet die Rekrutierung über soziale Medien. Die Universität Bamberg hat eine vergleichbare Online-Studie mit Müttern von Kindern und Jugendlichen im Schulalter konzeptioniert. Teilnehmende dieser Studie werden auf die DJI-Studie aufmerksam gemacht. Diese zusätzliche Rekrutierung über Social Media ermöglicht es, Effekte von Stichprobenselektivität auf die Ergebnisse zu untersuchen. Zudem ist die Verbreitung der Studie über ein Schneeballsystem geplant. Die Befragten werden gebeten, den Link an weitere Mütter aus der Zielgruppe weiterzuleiten.

Für beide Befragungen ist die Feldphase von März bis April 2023 vorgesehen, daher können derzeit noch keine Ergebnisse veröffentlicht werden. Dies ist jedoch für Ende Juni 2023 vorgesehen.

Die Themen der Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern unter sieben Jahren sind zunächst Fragen zur aktuellen Partnerschaft, mit wem die Mütter nach Deutschland gekommen sind und wen sie eventuell zurücklassen mussten, sowie zum aktuellen Aufenthaltsort und zur Wohnsituation. Die Sozialbeziehungen der Mütter werden ebenfalls abgefragt, einmal bezüglich ihrer Kontakte zu Menschen in der Ukraine und einmal zu ihrer sozialen Vernetzung in Deutschland. Ebenso werden auch die deutschen Sprachkenntnisse abgefragt. Ein wichtiger Themenblock ist das mütterliche Wohlbefinden. In diesem Zusammenhang werden das Einsamkeitserleben, die Belastung durch das Kriegsgeschehen und etwaige gesundheitliche

Einschränkungen im Alltag abgefragt. Anschließend folgt ein Themenkomplex zum Kind. Hierbei wird die Mutter u. a. zum Wohlbefinden des Kindes, zu seinem Gesundheitszustand, zur Kitabetreuung und zum Kontakt des Kindes mit dem leiblichen Elternteil abgefragt. Weiterhin werden das Selbsterleben in der Erziehungsrolle und die Inanspruchnahme sozialstaatlicher Unterstützungsleistungen erhoben. Abschließend werden die Bleibeabsichten, Zukunftssorgen, soziodemografische Daten und der Zugangsweg in die Befragung abgefragt.

Bei der Befragung der Kitaleitungen wird zunächst erhoben, wie viele aus der Ukraine geflüchtete Kinder verschiedener Altersgruppen (0 bis unter 3 Jahre, 3 Jahre bis Einschulung, Schulkinder) seit Februar 2022 für das letzte bzw. aktuelle Kita-Jahr aufgenommen wurden. Wenn dies nicht der Fall war, werden die Gründe hierfür erfasst. Daraufhin wird die Personalsituation in der Einrichtung thematisiert. Als nächstes wird der Zugangsweg der geflüchteten Kinder zur Einrichtung abgefragt, sowie ob und warum aufgenommene geflüchtete Kinder die Einrichtung verlassen mussten. Der sich anschließende Themenblock befasst sich mit den Herausforderungen in Hinblick auf die Arbeit mit den geflüchteten Kindern aus der Ukraine. Der letzte Themenkomplex beschäftigt sich mit Unterstützungsangeboten. Einerseits geht es darum, welche Unterstützungsleistungen die befragte Einrichtung selbst nutzt und welcher weiterer Bedarf besteht. Darüber hinaus werden die Leitungen um ihre Einschätzung der Unterstützungsbedarfe der Eltern und der Kinder und der über die Kita angebotenen bzw. vermittelten Hilfeangebote gebeten, inklusive der Verweise an Familienzentren und Angebote der Frühen Hilfen. Diese Fragen sollen dabei helfen, die Lotsenfunktion der Kita besser abzuschätzen.

5.3 Teilprojekt 3 Ukrainische Jugendliche in Deutschland

In der qualitativen Befragung von geflüchteten Jugendlichen in Teilprojekt 3 wurden überwiegend Jugendliche erreicht, die innerhalb eines Monats nach Kriegsbeginn aus der Ukraine geflüchtet sind. Die konkreten Gefahren des Krieges, wie Schießereien und Raketenangriffe, drängten diese Familien zur Flucht. Die Fluchtabläufe waren unterschiedlich je nach Wahl des Verkehrsmittels, jedoch waren alle Wege mit viel Stress und Unsicherheit verbunden. Bei der Ankunft in Deutschland kamen die Befragten in Flüchtlingsunterkünften, bei Freundinnen bzw. Freunden oder Verwandten und bei Gastfamilien unter. Die Ankunft in einer Flüchtlingsunterkunft bot den Familien die Möglichkeit, sich ohne übermäßigen Zeitdruck eine mittel- bis langfristige Unterkunft zu organisieren. Dies ist wichtig, da häufige Ortswechsel den Aufbau sozialer Netzwerke für die Jugendlichen deutlich erschwert. Am meisten können diejenigen auf eine beständige Unterkunft vertrauen, die in eigenen gemieteten Wohnungen wohnen.

Die ukrainischen Jugendlichen werden ab der fünften Klasse in sogenannten „Brückenklassen“ unterrichtet, welche primär auf die Deutschförderung abzielen, damit die ukrainischen Schüler:innen im kommenden Schuljahr am Unterricht der Regelklassen teilnehmen können. Allerdings zeigen sich aus Perspektive der befragten Jugendlichen bei der Umsetzung der Brückenklasse einige Schwierigkeiten. Da in

den meisten Schulen die Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren in einer Klassenkonstellation Deutsch lernen, ist es aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen und Vorkenntnisse schwer, ein Lerntempo zu finden, von dem alle Jugendlichen profitieren. Außerdem schwankt der Lernfortschritt zwischen den unterschiedlichen Brückenklassen. Manche Klassen haben schon das B1-Niveau erreicht, während andere in der gleichen Zeit weiterhin A1 wiederholen. Um zu prüfen, ob das Lernen im geeigneten Tempo voranschreitet und die Jugendlichen ausreichend gefördert werden, wäre es möglich, Leistungsfortschrittskontrollen einzusetzen. Unter den Befragten werden die meisten Jugendlichen für Mathe und Englisch gemeinsam in der Brückenklasse unterrichtet, mit vereinzeltem Besuch anderer Fächer in den Regelklassen. Die Eingliederung in Regelklassen kann durchaus gut funktionieren, wenn die Lehrkräfte sich extra Zeit nehmen, den ukrainischen Jugendlichen den Stoff und die Aufgaben verständlich zu vermitteln, oder wenn eine zusätzliche Lehrkraft in der Regelklasse vorhanden ist, um die ukrainischen Jugendlichen zu unterstützen. Allgemein berichten viele Jugendlichen sehr positiv über ihre Klassenlehrkräfte in den Brückenklassen sowie über andere Lehrkräfte. Hierbei wird nicht nur die schulische Unterstützung betont, sondern es wird gerade die psychische Unterstützung, wie beispielsweise das Erkundigen nach dem Wohlbefinden der Schülerin oder des Schülers, sehr wertgeschätzt. Das Engagement der Lehrkräfte und Schulleitungen, die ukrainischen Jugendlichen an der Schule willkommen zu heißen, bspw. mit ukrainischen Schildern oder gemeinsamen Frühstücken, trägt einerseits zum Wohlbefinden der Jugendlichen bei und bekräftigt andererseits auch die positive Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft seitens der Jugendlichen.

Die Schule erweist sich so als besonders relevanter Ort der Integration und um neue Freundschaften zu knüpfen. Die ukrainischen Jugendlichen können durch den Besuch von Schulfächern in der Regelklasse mit deutschen Mitschüler:innen in Kontakt kommen. Allerdings wurden die Befragten für jedes Fach unterschiedlichen Klassen zugeordnet, welche teilweise wöchentlich wechseln. Dadurch ist es für die Jugendlichen schwer, sich in eine Klassengemeinschaft einzugliedern, und der Anschluss zu den Jugendlichen in den Regelklassen wird nur schwer gefunden. Eine Organisation des Unterrichts, die die Jugendlichen festen Regelklassen zuweist, würde die Kontaktaufnahme zwischen deutschen und ukrainischen Jugendlichen deutlich erleichtern. Es zeigte sich zudem, dass die Möglichkeit, einander zu unterstützen, einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Jugendlichen darstellt. Auch hier könnte eine Unterrichtsplanung mit Gruppen- oder Partnerarbeiten den Schüler:innen eine willkommene Möglichkeit bieten, durch gegenseitige Hilfestellungen erste Kontakte aufzubauen. Außerhalb der Schule erweisen sich insbesondere organisierte Freizeit- und Sportaktivitäten, wie beispielsweise die Teilnahme in einem Fußballverein, als relevante Orte, um Netzwerke aufzubauen.

Durch die Flucht haben sich die Freundschaften von den Jugendlichen sehr stark verändert. Viele geben an, dass sie sich verschlechtert haben, was mit den Schwierigkeiten, zu Freundinnen und Freunden in der Ukraine und an anderen Orten Kontakt zu halten, zusammenhängt. Die unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen sowie technische Komplikationen wie Strom- und Internetausfälle erschweren die Kommunikation. Dennoch spielen diese ehemals engen Beziehungen für die Jugendlichen eine wichtige Rolle, weshalb sich alle Befragten zum Befragungszeitpunkt noch aktiv bemühen, diese Freundschaften aufrechtzuerhalten. Auch der

Kontakt zu Familienmitgliedern, die in der Ukraine geblieben oder dorthin zurückgekehrt sind, wird in den allermeisten Fällen aufrechterhalten, allerdings gibt es auch hier Kommunikationsschwierigkeiten. Die Familie vor Ort in Deutschland spielt in vielen Erzählungen eine besonders wichtige Rolle. Die eigene Familie, ob vor Ort oder in der Ukraine, stellt für die Jugendlichen wichtige Bezugspersonen dar, die emotionale Unterstützung bieten und auch mit Rat den Jugendlichen beiseitestehen.

Die Sorge um die Familienangehörigen und Freundinnen und Freunde in der Ukraine ist sehr groß und belastet die Jugendlichen stark. Hinzu kommen die belastenden Erfahrungen mit der Kriegssituation, welche das psychische Wohlbefinden der Jugendlichen bis zum aktuellen Zeitpunkt noch stark beeinträchtigen. Einige Jugendliche erzählen von emotionalen und körperlichen Reaktionen auf laute Geräusche, die sie an den Krieg erinnern. Die Jugendlichen entwickeln selbst Bewältigungsstrategien, um mit solchen akuten Stresssituationen und belastenden Gedanken umzugehen und Negativspiralen im Alltag zu vermeiden. Neben der emotionalen Unterstützung seitens ihrer Sozialkontakte helfen den Jugendlichen geregelte Tagesstrukturen, die sie beispielsweise in der Schule antreffen, um sich vom Kriegsgeschehen abzulenken. Ablenkung finden die Jugendlichen auch in unterschiedlichen Hobbys, sportlichen Aktivitäten und anderen Freizeitbeschäftigungen. Besonders wertgeschätzt werden die kostenlosen Angebote für die ukrainischen Geflüchteten. Sie ermöglichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bescheren den Jugendlichen ein Gefühl von Normalität und bieten gleichzeitig auch Möglichkeiten, neue soziale Netzwerke aufzubauen. So sind kostenlose kulturelle Angebote eine mindestens genauso wichtige Ressource für die ukrainischen Jugendlichen wie Angebote zur psychischen Beratung.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse aus den qualitativen und quantitativen Studien zur Zielgruppe der geflüchteten Kinder und Jugendlichen sowie zu kommunalen Unterstützungsstrukturen sowohl die Herausforderungen, die die jungen Menschen zu meistern haben, als auch bedarfsorientierte Angebote und Gelingensbedingungen für deren Integration auf. Das Teilprojekt 2 „Kitas und ukrainische Mütter mit Kitakindern“ wird hieran mit eigenen Ergebnissen Ende des ersten Halbjahrs 2023 anknüpfen. Zu erwarten sind Einsichten in den Alltag der Kinder und ihrer Mütter, ihre Sprachkenntnisse und ihr Wohlbefinden, die um den Blick der Kitaleitungen auf die institutionellen Herausforderungen in der Betreuung geflüchteter Kinder erweitert werden.

Anhang: Methodensteckbrief der Teilprojekte

| Teilprojekt | Fokus | Forschungsfragen | Methodik |
|-------------|--------------------------------|--|---|
| 1 | Kommunale Verwaltungseinheiten | <p>Wahrnehmung der Zielgruppe mit Blick auf deren Ankommenssituation und ihre Ausgangsbedingungen</p> <p>Unterstützungsstrukturen der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Zielgruppe und Rückgriff auf Strukturen aus 2015/16</p> <p>Herausforderungen und Integrationsverständnis der Akteure mit Blick auf ihr Amt bzw. ihre Organisation</p> | <p>25 leitfadenbasierte etwa einstündige Online-Experteninterviews mit Leitungspersonen und Mitarbeitenden in kommunalen Verwaltungen (9 Personen aus der Bildungskoordination, 9 Personen aus Jugendämtern, 3 Personen aus Migrationsämtern und 4 Personen aus Gesundheitsämtern) in insgesamt 10 Landkreisen und kreisfreien Städten in 4 Bundesländern</p> <p>Auswahlkriterien hinsichtlich Varianz: regionale (Ost- und Süddeutschland, Städte und Landkreise) sowie soziostrukturelle (finanzstarke und finanzschwächere Kommunen) Kriterien</p> |
| | Zivilgesellschaft | | <p>11 Interviews mit Expert:innen aus der Zivilgesellschaft (darunter 4 aus dem Gesundheitsbereich und 7 aus anderen Tätigkeitsbereichen)</p> <p>Auswahlkriterien: Varianz hinsichtlich Tätigkeitsfeld, Organisationsform, -alter und -größe</p> <p>Auswertungen unter Berücksichtigung der Perspektive auf die kommunalen Ämter</p> |
| | Jugendämter | <p>Was sind die größten Herausforderungen, die von den Jugendämtern im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen aus der Ukraine aktuell gesehen werden? Können die Jugendämter auf Erfahrungen/Angebote/Strukturen, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen ab dem Jahr 2015 aufgebaut wurden, zurückgreifen?</p> | <p>Auswertung der offenen Fragen zum Thema „Herausforderungen durch die Zuwanderung aus der Ukraine“, die im Rahmen einer Erhebung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (www.dji.de/jhsw) per quantitativem, größtenteils standardisiertem Fragebogen auf Basis einer bundesweiten Brutto-Stichprobe von 230 Jugendämtern gestellt wurden.</p> |

| | | | |
|---|---------------------------------------|---|---|
| 2 | Mütter mit Kindern von 0 bis 6 Jahren | Lebenssituation und Wohlbefinden der Mütter und ihrer Kinder in Deutschland; Kinderbetreuung, Selbstwahrnehmung der Mütter in der Erzieherrolle, Aufbau von Netzwerken, Kontakte in die Ukraine, Erwerbstätigkeit und Erwerbsabsichten, Bleibeabsichten der Mütter | Online-Befragung (ca. 20 Minuten) von Müttern, die seit dem 24.2.22 gemeinsam mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren nach Deutschland geflohen sind. Einsatz eines standardisierten Fragebogens, übersetzt ins Russische und Ukrainische. Feldphase: März/April 2023. Abschluss der Berichtslegung zu Ende Juni 2023 Als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden Leitungspersonen in Kitas angeschrieben, die zur Stichprobe der ERiK-Studie gehören (n=5.304 Einrichtungen). Weitere Zugänge der Mütter über Jobcenter und Jugendberufsagenturen in der Freien und Hansestadt Hamburg (jeweils derselbe QR-Code) und über Social Media. |
| | Kitaleitungen | Umfang aufgenommener Kinder; Herausforderungen im Betreuungsalltag der Kinder; Unterstützungsbedarfe der Eltern und der Kinder; über die Kita angebotene bzw. vermittelte lokale Hilfeangebote | Online-Befragung (ca. 8 Minuten) von Kitaleitungspersonen der ERiK-Stichprobe per standardisiertem Fragebogen in deutscher Sprache. Die Kitaleitungen fungieren in einer Doppelrolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Mütterbefragung und als Auskunftspersonen zu ihren Leitungsaufgaben |
| 3 | Jugendliche | Fluchtmotivation, Fluchtablauf und Ankunftserfahrungen, Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem, soziale Beziehungen der Jugendlichen, ihre Freizeitgestaltung, ihre Bleibeabsichten, ihre psychische Gesundheit sowie ihr Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen | 25 muttersprachliche leitfadengestützte Interviews mit Jugendlichen aus der Ukraine zwischen 12 und 18 Jahren (Dauer: ca. 1 Stunde) |

Literatur

- Albrecht, Niels-Jens/Borde, Theda/Durlanik, Latif (Hrsg.) (2005): Sprach- und Kulturmittlung. (Bd. 2, Migration - Gesundheit - Kommunikation). Göttingen
- Assion, Hans-Jörg (Hrsg.) (2005): Migration und seelische Gesundheit. Berlin, Heidelberg
- Baisch, Benjamin/Lüders, Kilian/Meiner-Teubner, Christiane/Riedel, Birgit/Scholz, Antonia (2017): Flüchtlingskinder in Kindertagesbetreuung. Ergebnisse der DJI-Kita-Befragung „Flüchtlingskinder“ zu Rahmenbedingungen und Praxis im Frühjahr 2016. München
- Brücker, Herbert (2022): Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen. IAB-Forschungsbericht 04/2022, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg
- Brücker, Herbert/Dauth, Wolfgang/Haas, Anette/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya/Mense, Andreas/Moritz, Michael/Phan thi Hong, Van/Wolf, Katja (2022a): Ein Vorschlag zur Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine. IAB-Forschungsbericht 05/2022, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg
- Brücker, Herbert/Ette, Andreas/Grabka, Markus/Kosyakova, Yuliya/Niehues, Wenke/Rother, Nina/Spieß, C. Katharina/Zinn, Sabine/Bujard, Martin/Cardozo, Adriana/Décieux, Jean/Maddox, Amrei/Milewski, Nadja/Naderi, Robert/Sauer, Lenore/Schmitz, Sophia/Schwanhäuser, Silvia/Siegert, Manuel/Tanis, Kerstin (Hrsg.) (2022b): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Flucht, Ankunft und Leben. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. https://www.bib.bund.de/Publikation/2022/pdf/Gefluechtete-aus-der-Ukraine-in-Deutschland-Flucht-Ankunft-und-Leben.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (05.02.2023)
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022): Geflüchtete aus der Ukraine. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/umfrage-ukraine-fluechtlinge.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (05.02.2022)
- Bürgin, David/Anagnostopoulos, Dimitris/Vitiello, Benedetto/Sukale, Thorsten/Schmid, Marc/Fegert, Jörg M. (2022): Impact of war and forced displacement on children's mental health-multilevel, needs-oriented, and trauma-informed approaches. In: European child & adolescent psychiatry, 31. Jg., H. 6, S. 845–853
- Dollmann, Jörg/Mayer, Sabrina Jasmin/Jacobsen, Jannes/Köhler, Jonas/Lietz, Almuth/Siegel, Madeleine (2022): Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Berlin
- DOSB (2022). Bestandserhebung 2022: Fassung vom 01.10.2022. Stichtag der Erfassung: 01. Januar 2022. Frankfurt am Main. https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/uber_uns/Bestandserhebung/BE-Heft_2022.pdf (01.02.2022)
- Due, Clemence/Riggs, Damien/Augoustinos, Martha (2016): Experiences of School Belonging for Young Children With Refugee Backgrounds. In: The Educational and Developmental Psychologist, 33 Jg., H.1, S. 33-53. doi:10.1017/edp.2016.9 (27.02.2023)
- Eberhard, Verena/Schuß, Eric (2021): Chancen auf eine betriebliche Ausbildungsstelle von Geflüchteten und Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn
- Frank, Elena/Vandamme, Ralf (2017): Was ist eine Kommune? Zur Bedeutung von Kommunalpolitik heute. BpB. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute> (06.02.2023)
- Gesemann, Frank (2020): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland: Teilhabe vor Ort ermöglichen. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingpolitik/322672/kommunale-integrationspolitik-in-deutschland-teilhabe-vor-ort-ermoeneglichen/#footnote-target-4> (25.01.2023)
- Giesing, Yvonne/Panchenko, Tetyana/Poutvaara, Panu (2022): Anpassungs- und Integrationsstrategien von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland. Ergebnisse der qualitativ-quantitativen ifo Studie zu den Erfahrungen, Plänen und Absichten der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland. ifo Institut. München
- Granato, Mona/Neises, Frank (Hrsg.) (2017): Geflüchtete und Berufliche Bildung. Bonn. <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/download/8508> (13.02.2023)
- Hellermann, Johannes (2020): Kommunen und ihre Rolle bei der Flüchtlingsaufnahme: Rechtslage, Rechtsprechung, relevante Rechtsquellen. BpB. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingpolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen> (03.02.2023)
- Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2016): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 13., korrigierte Aufl. Weinheim
- Karakayalı, Juliana/zur Nieden, Birgit/Kahveci, Çağrı/Groß, Sophie/Heller, Mareike/Güteryüz, Tutku (2016): „Willkommensklassen“ in Berlin. Mit Segregation zur Inklusion? Eine Expertise für den Mediendienst Integration. Berlin. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Willkommensklassen.pdf (05.02.2022)

- Kausmann, Corinna/Simonson, Julia/Hameister, Nicole (2022): Zielgruppen der freiwilligen Tätigkeit und Engagement für Geflüchtete. In: Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden
- Kayed, Theresia/Anton, Jeffrey/Kuger, Susanne (2022): Der Betreuungsbedarf bei U3- und U6-Kindern. DJI-Kinderbetreuungsreport 2021. Studie 1 von 7. München
- Klemm, Matthias/Liebold, Renate (2016): Qualitative Interviews in der Organisationsforschung. In: Stephan Liebig/Wenzel Matiaske/Sophie Rosenbohm (Hrsg.): *Handbuch Empirische Organisationsforschung*. Wiesbaden, S. 299–324
- Klinkhammer, Nicole/Schacht, Diana/Meiner-Teubner, Christiane/Kuger, Susanne/Kalicki, Bernhard/Riedel, Birgit (Hrsg.) (2022): *ERIK-Forschungsbericht II. Befunde des indikatorengestützten Monitorings zum KiQuTG*. Bielefeld. WBV Media
- KMK (2022): Gemeinsame Erklärung: Mehr Geschichte und Kultur der Sinti und Roma in Schule vermitteln. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2022/2022-12-12_gem-Erklaerung-Sinti-Roma.pdf (01.02.2023)
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden*. 5. Auflage. Weinheim/Basel
- Lechner, Claudia/Huber, Anna (2017): *Ankommen nach der Flucht. Die Sicht begleiteter und unbegleiteter junger Geflüchteter auf ihre Lebenslagen in Deutschland*. München
- Mairhofer, Andreas (2020): *Formalisierungen in der Sozialen Arbeit. Zur Institutionalisierung methodischer Modernisierungen in den sozialen Diensten*. Weinheim
- Maschke, Sabine/Stecher, Ludwig (2018): Non-formale und informelle Bildung. In: Lange, Andreas/Steiner, Christine/Schutter, Sabina Reiter, Herwig (Hrsg.) (2018): *Handbuch Kindheits- und Jugendsoziologie*. Springer NachschlageWissen. Wiesbaden, S. 149–183
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim
- Mediendienst Integration (2023): *Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland. Stand Februar 2023*. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy/ukrainische-fluechtlinge.html> (15.02.2023)
- Metzner, Franka/Zimmer, Isabel/Wolkwitz, Philipp/Wlodarczyk, Olga/Wichmann, Michelle/Pawils, Silke (2018): Soziale Unterstützung bei unbegleitet und begleitet geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach der Ankunft in Deutschland: Ergebnisse einer Befragung in »Willkommensklassen« an Hamburger Berufsschulen. *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung*, 2(1), S. 3–31. <https://doi.org/10.5771/2509-9485-2018-1-3> (06.02.2023).
- Olk, Thomas/Schmachtel, Stefanie (2017): Einführung. Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften: Empirische Befunde und kritische Reflexionen – eine Einführung. In: dies (Hrsg.): *Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften*. Weinheim/Basel, S. 10–50
- Razum, Oliver/Geiger, Ingrid/Zeeb, Hajo/Ronellenfisch, Ulrich (2004): Gesundheitsversorgung von Migranten. *Deutsches Ärzteblatt* (43), A S. 2882–2887. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/43977/Gesundheitsversorgung-von-Migranten> (06.02.2023)
- Reinhardt, Max/Schmiedeberg, Eva (2022): Können Kommunen Bildung managen? Gelingensbedingungen und Herausforderungen einer neuen kooperativen Steuerung kommunaler Bildungslandschaften. In: Gruppe. Interaktion. Organisation. *Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*. 53 Jg., H. 4, S. 503–509. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11612-022-00658-1> (13.02.2023)
- Schammann, Hannes (2020a): Kommunale Migrationspolitik: „Control Gaps“ als Innovationsmotoren? In: Pioch, Roswitha/Toens, Katrin (Hrsg.): *Innovation und Legitimation in der Migrationspolitik. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik*. Wiesbaden. https://doi-org.emedien.ub.uni-muenchen.de/10.1007/978-3-658-30097-5_19 (03.02.2023)
- Schammann, Hannes (2020b): Der "local turn" in der Migrations- und Asylpolitik. BpB. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322500/der-local-turn-in-der-migrations-und-asylpolitik> (03.02.2023)
- Seidelsohn, Kristina/ Frederiksen, Sifka/ Zajak, Sabrina (2022): Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine. Was der Ukraine-Krieg für den Gewaltschutz in Geflüchtetenunterkünften bedeutet. DEZIMinutes #6. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5325.pdf (03.02.2023)
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2022): *Unterstützung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine durch rasche Integration in Kitas und Schulen: Stellungnahme*. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2022/SWK-Stellungnahme_Ukraine.pdf (06.02.2023)
- Stolz, Heinz-Jürgen (2012): Bildung neu denken! Kritische Anmerkungen zu aktuellen Ansätzen lokaler Bildungslandschaften und möglichen Alternativen. In: Bleckmann, Peter/Schmidt, Volker (Hrsg.): *Bildungslandschaften. Mehr Chancen für alle*. Wiesbaden, S. 21–31
- Strachwitz, Rupert/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): *Handbuch Zivilgesellschaft*. Oldenburg.
- UNHCR (2022): *Global Trends. Forced displacement in 2021*. Kopenhagen
- Wertfein, Monika/Lorenz, Sigrid (2016): Flüchtlingskinder in Kindertageseinrichtungen. Anforderungen an die Fachkräfte. In: *Archiv für Wissenschaft und Praxis in der sozialen Arbeit* (3), S. 54–62

Zimmermann, Bettina M./Willem, Theresa/Bredthauer, Carl Justus/Buyx, Alena (2022): Ethical Issues in Social Media Recruitment for Clinical Studies: Ethical Analysis and Framework. In: Journal of Medical Internet Research, 24. Jg., H. 5, e31231